

Metal-Arbeiter-Zeitung.

Organ für die Interessen der Metallarbeiter.

Publikations-Organ des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes und der Allgem. Kranken- und Sterbekasse der Metallarbeiter.

Erscheint wöchentlich Samstags.

Abonnementspreis pro Quartal 80 S.
 Zu beziehen durch alle Post-Anstalten.

Nürnberg, 10. Juli 1897.

Inserate die dreigepaltene Petitzeile ober deren Raum 80 S.
 Redaktion und Expedition:
 Nürnberg, Weizenstraße Nr. 12.

Inhalt: Das Schlosserhandwerk in Bayern. (Schluß.)
 — Aus der Schweiz: Arbeitslosenversicherung und Arbeitsnachweis. Arbeitsnachweisbureau der Maschinen- und Metallindustriellen. — Aus dem Königreiche Stumm. — Das System der schwarzen Listen. — Feuilleton: Kohle und Eisen. (Fortf.) — Zur Aussperrung in Dänemark. — Deutscher Metallarbeiter-Verband: Bekanntmachung des Vorstandes. — Korrespondenzen. — An die Metallarbeiter Nordwestdeutschlands. — Technisches. — Gerichtszeitung. — Vermischtes. — Literarisches.

Zur Beachtung.

Zugung ist fernzuhalten: von Formern und Sieberei-
 arbeitern nach **Balk a. Rh.** (Stühlen), nach **München**,
 nach **Stuttgart** (alle Betriebe); von Metallarbeitern
 nach **Schwabach** (Deutsche Substanzfabrik A.-G. vorm.
 Frieß & Höpflinger) S.; **Schwabach** (Stahlflugelfabrik);
 von Metallrüdern nach **Nürnberg** (Betrieb II der ver-
 einigten Pilsfabriken); von Klempnern nach **Bielefeld**
 St., nach **Frankfurt a. M.** St., nach **Heidelberg**
 S., **Helmstedt** St., **Spreyer** S.; von Fuß- und Wagen-
 schmieden nach **Karlsruhe** i. Bad., nach **Mann-
 heim**; von Schlossern und Maschinenbauern nach
Stuttgart (alle Betriebe) D.; von Hauschlossern nach
Pforzheim S.; von Schleifern nach **Bielefeld** (Wär &
 Kempel); von Feilenbauern nach **Pöschhappel** (Mehl-
 hofe) S.; von Schiffsbauern und deren Helfern nach
Hamburg (Blom & Voß); von Zingießern nach
München; von Metallarbeitern aller Branchen nach
Dänemark A.

(Die mit St. bezeichneten Orte sind Streifgebiete, alle
 übrigen nur gesperrt; v. St. heißt: Streik in Aussicht; S.
 heißt: Lohnbewegung; A. heißt: Aussperrung; D. heißt:
 Differenzen.)

Das Schlosserhandwerk in Bayern.

(Schluß.)

In der Oberpfalz wurden 97 Schlossereien mit
 114 Gehilfen und 254 Lehrlingen inspiziert. Darunter
 waren 39 Betriebe, in welchen nur Lehrlinge ange-
 troffen wurden, 29 Betriebe, in welchen mehr Lehr-
 linge als Gehilfen beschäftigt waren, 8 Betriebe, in
 welchen Gehilfen und Lehrlinge in gleicher Anzahl gegen-
 überstanden, 9 Betriebe mit mehr Gehilfen als Lehr-
 lingen und 8 Betriebe, in welchen nur Gehilfen an-
 getroffen wurden. In 4 Betrieben waren ausschließ-
 lich Familienmitglieder beschäftigt. Insgesamt wur-
 den, wie bemerkt, in den 97 Schlossereien 254 Lehr-
 linge gegenüber 114 Gehilfen angetroffen, in je einem
 Betriebe waren 8 und 6, in 2 Betrieben je 5, in 4
 Betrieben je 4 Lehrlinge ohne Gehilfen von den
 Meistern in die Lehre aufgenommen worden. Von
 einigen gut eingerichteten und bestens geleiteten Muster-
 werkstätten, in welchen auf die Ausbildung der Lehr-
 linge die größte Sorgfalt verwendet wird, abgesehen,
 ist es um die Lehrlingsausbildung im Allgemeinen
 schlecht bestellt. „Es wird von den Meistern stets
 nur geklagt,“ heißt es dann weiter zur Illustration
 der Verhältnisse im Schlossergewerbe, „daß das Schlo-
 serhandwerk nicht mehr rentabel sei, weil Schlösser,
 Schlüssel, Beschlagtheile zc. aus Fabriken viel billiger
 bezogen werden können und das Einsetzen von Schlö-
 sern, Beschlägen von Fenstern und Thüren vielfach von
 den Schreibern gleich besorgt wird; ebenso wird ge-
 klagt, daß Schlosser aus Städten und größeren Orten
 ihnen die Arbeiten bei größeren Bauten zc. wegnehmen.
 Das ist wohl zutreffend, doch wird ein anerkannt
 tüchtiger und strebsamer Meister kaum darunter zu
 leiden haben und wenn auch, so hat sich seit der großen
 Verbreitung der Maschinen verschiedenster Art in den
 Oekonomieen, in Fabriken, Brauereien, Sägemerken zc.
 durch Ausführung von Reparaturen, Anfertigen von
 Bestandtheilen zc. gewiß reichliche andere Arbeitsge-
 legenheit ergeben, der der Meister sich nur mit Geschick
 und richtigem Verstandniß für die Sache zuwenden
 darf.“ Das hat was für sich, wird wohl auch von
 Schlossermeistern, die ihre Geschäfte in mechanische
 Werkstätten umwandeln, heute schon befolgt; allein

streng genommen, ist dann eben das Schlosserhandwerk
 nicht mehr das, wie früher, sondern eine Art Flick-
 handwerk, wie es etwa die kleine Schuhmacherei gegen-
 über den Produkten der Schuhfabriken ist. Wichtig
 mag wohl zum Theil auch die weitere Bemerkung
 sein, daß gut geschulte Gehilfen auf dem Lande auch
 bei besserer Löhnung nicht mehr arbeiten wollen. Die
 Lehrzeit beträgt in der Regel 3 Jahre, es kommen
 aber auch 2 1/2 Jahre und noch kürzere Zeit vor. Das
 Lehrgeld beträgt ohne Verpflegung 30 bis 80 M., mit
 Verpflegung beim Meister 100 und sogar bis 400 M.
 Auf dem Lande wohnen die Gehilfen ausschließlich
 beim Meister und erhalten neben voller Verpflegung
 M. 4,50—7 Wochenlohn; ohne Kost beträgt derselbe
 12, 12 bis 15 M., in den Städten bis zu 18 M.
 Die Arbeitszeit beträgt in den Städten 10 bis 11,
 auf dem Lande 11 Stunden und darüber. Von den
 Werkstätten wurden 4 als ganz ungenügend beanstandet,
 bei 9 Betrieben wurde bessere Instandhaltung verlangt.
 Die übrigen gaben zu einer Beanstandung keine Ver-
 anlassung.

Die Gesamtzahl der im oberfränkischen Auf-
 sichtsbezirke vorhandenen Schlossereien und mechanischen
 Werkstätten beträgt 151, darunter 9, welche als fabri-
 kähnliche Betriebe aufzufassen sind. Davon wurden
 129 revidirt. In denselben wurden beschäftigt 42
 Kinder unter 14 Jahren, 189 jugendliche Arbeiter
 zwischen 14 und 16 Jahren, 176 junge Leute zwischen
 16 und 21 Jahren und 103 ältere Arbeiter, zusam-
 men 510 oder 90 Prozent der in allen Schlossere-
 reien überhaupt beschäftigten Arbeiter. In den
 revidirten Schlossereien waren 45,3 Proz. der Ge-
 samtheit der beschäftigten Arbeiter jugendliche Ar-
 beiter und etwa 60 Proz. derselben waren Lehrlinge.
 „Daraus geht hervor“, meint der Fabrikinspektor,
 „daß die Zahl der unbezahlten Arbeitskräfte in den
 Schlossereien unverhältnißmäßig groß ist.“ In 8 Be-
 trieben, welche mit Motoren arbeiten, waren 95 Ar-
 beiter, wovon 23 jugendliche und 72 erwachsene. Im
 Ganzen arbeiten 15 der revidirten Betriebe mit elemen-
 tarer Kraft, darunter 7 handwerksmäßige Betriebe.
 Nur 9 von den 129 revidirten Betrieben arbeiten ohne
 Lehrlinge, dagegen 48 nur mit Lehrlingen, also ohne
 jeden Gehilfen; 6 Betriebe haben je 4 Lehrlinge, 1
 arbeitet gar mit 6 Lehrlingen! Die fachliche Ausbil-
 dung läßt natürlich unter solchen Umständen zu wün-
 schen übrig. Die Arbeitszeit beträgt in 15 Betrieben
 10, in 40 11, in 68 12 und in 6 13 Stunden;
 letztere Arbeitszeit ist nur in kleinen Schlossereien auf
 dem Lande üblich. In den größeren Schlossereien der
 Städte herrscht die 12 und 11stündige Arbeitszeit vor,
 die meist um 6 Uhr Morgens beginnt und um 7 resp.
 6 Uhr Abends endigt. Die Vor- und Nachmittags-
 pausen betragen 1/4 bis 1/2 Stunde, die Mittagspause
 betrug nur in 5 Betrieben mehr als eine Stunde, in
 20 Betrieben etwa 1/2 Stunde. Die achtstündige Lohn-
 zahlung mit dem Samstag als Zahltag herrscht in
 der großen Mehrzahl der Betriebe vor. In 46 Proz.
 der revidirten Schlossereien erhalten die Gehilfen noch
 Verpflegung beim Meister. Der Wochenlohn nebst
 Verpflegung beim Meister beträgt 2 bis 8 M., ohne
 Verpflegung 4 bis 6 bis 21—24 M. Circa 67 Proz.
 der letzteren haben Wochenlöhne von 12—18 M.; von
 den ersteren 58 Proz. zwischen 5 und 6 M. Die
 Arbeitsräume waren vielfach in sehr schlechtem Zu-
 stand, so daß in 22 Fällen das Reinigen und Aus-
 streichen der Werkstätten, in 5 Fällen die Reparatur
 der Fußböden, Fenster zc. veranlaßt werden mußte.
 In zwei Betrieben schliefen Gehilfen und Lehrlinge in
 zweischläfrigen Betten zusammen, in 4 Betrieben stan-
 den die Betten unter dem durchlöchernten Dach und in
 2 Betrieben starrten die Betten der Lehrlinge von
 Schmutz. In sämtlichen Fällen wurde Abhilfe ver-
 anlaßt. Schlafgelegenheit ist in den seltensten Fällen

in den Waschräumen vorhanden; auf Befragen bekommt
 man meistens zur Antwort, berichtet der Aufsichts-
 beamte: Die Lehrlinge waschen sich in der Werkstatt
 und auf weiteres Nachforschen kommt ein hölzernes
 Schaff und ein äußerst fragwürdiges Handtuch zum
 Vorschein, das von Allen benützt wird. Verbesserung
 der Waschgelegenheiten wurde in vielen Fällen zuge-
 sagt, in den meisten Fällen dürfte aber nach kurzer
 Zeit wieder der alte Zustand eintreten. — Da muß
 freilich ein aufgeklärter organisirter Arbeiter, der über
 dem Niveau solcher Schweinereien steht und demgemäß
 andere Anforderungen an Körperpflege und Reinlichkeit
 stellt, als ein begehrtlicher und unzufriedener Mensch
 erscheinen. Ein charakteristisches Licht werfen aber
 diese Schilderungen auf die Handwerker als den „sol-
 den Mittelstand“ und „unentbehrliche Stütze“ des
 Staates, der Religion, Sitte und Ordnung.“

In Mittelfranken gibt es 254 Schlosserei-
 betriebe mit zusammen 1032 Arbeitern, wovon 240
 oder 94 Proz. im Ganzen 538 Lehrlinge beschäftigen;
 letztere betragen mithin 52 Proz. der Gesamtarbeiter-
 zahl. 40 Betriebe arbeiten mit Motor, die übrigen
 haben nur Handarbeit. 30 Betriebe beschäftigen je
 mehr als 6 Arbeiter, 89 4—6, 144 Betriebe haben
 keinen oder 1—3 Arbeiter. Die Lehrzeit beträgt in
 der Regel 3, aber auch nur 2 und sogar 4 Jahre,
 das Lehrgeld 80—300 M. 35 Proz. der Schlossere-
 reien haben die 10stündige tägliche, resp. 60stündige
 wöchentliche Arbeitszeit und 65 Proz. arbeiten länger
 und zwar über 12 Stunden 5 Proz.. Die Arbeits-
 löhne bewegen sich zwischen 16 und 20 M., steigen
 jedoch auf 22, 24 und 25 M., während noch höhere
 Lohnbeträge bis 30, 35 und 40 M. nur in Nürn-
 berger Schlossereien bei Verrichtung kunstgewerblicher
 Arbeit anzutreffen sind. Die Verpflegung beim Meister
 wird in 17 Proz. der Schlossereien und zwar nur in
 kleineren Schlossereien gewährt, daneben beträgt der
 Paarlöhn noch 8—10 M.

Einen verhältnißmäßig langen Bericht hat der
 Aufsichtsbeamte für Unterfranken erstattet. Es
 wurden in demselben 184 handwerksmäßig betriebene
 Schlossereien gezählt mit 525 Arbeitern, wovon 340
 Lehrlinge; nur 17 Betriebe beschäftigen je mehr als
 5 Arbeiter. Außerdem wurden noch 10 unter die
 Fabriken gehörige Schlossereien mit 132 Arbeitern,
 wovon 35 Knaben und 97 erwachsene Arbeiter gezählt.
 In beiden Betriebskategorien mit 194 Betrieben wur-
 den zusammen 657 Arbeiter beschäftigt, wovon 401
 Lehrlinge. Das Lehrgeld schwankt zwischen 20 und
 300 M. Die fachliche Ausbildung der Lehrlinge ist
 mangelhaft. Auch dieser Aufsichtsbeamte gibt, wie
 sein oberpfälzischer Kollege, eine Darstellung der ge-
 bräuchlichen wirtschaftlichen Verhältnisse der Schlossereien,
 die von den Fabriken immer mehr zurückgedrängt wer-
 den, denen der Schlossermeister als Monteur dienstbar
 ist. „Er hat in Wirklichkeit nur eine Reihe unter-
 geordneter Arbeiten zu leisten, die ein einigermaßen
 gewackter Junge in ganz kurzer Zeit erlernen kann.
 Dieser Umstand läßt es auch leicht erklärlich erscheinen,
 weshalb gerade in Schlossereien die Zahl der Lehr-
 linge gegenüber jener der Gehilfen so überaus stark
 vorherrscht. Der Lehrling hat sich verhältnißmäßig
 bald die für die üblichen Arbeiten nöthige Fertigkeit
 angeeignet und ist dann eben doch auf lange
 Zeit ein sehr billiger Arbeiter“ usw. Das Lehr-
 lingswesen im Schlosserhandwerk ist also faul, wie
 übrigens im ganzen Handwerk und in der Industrie
 dazu, wie es die Inspektoren darstellen. Es ist aber
 um gewiß merkwürdig, daß keinem derselben der Ge-
 danke daran kommt, daß dieser faule ungesunde Zu-
 stand doch beseitigt und das Lehrlingswesen im In-
 teresse der jungen Leute und ihrer Eltern wie im In-
 teresse der Gesamtheit ganz anders organisirt werden
 sollte. Soll der faule Zustand verewigt werden? Die

Arbeitszeit beträgt 10 bis über 12 Stunden, der Wochenlohn neben Verpflegung 2—14, durchschnittlich 5,21 M., ohne Verpflegung 4—19, durchschnittlich 11,84 M.

Der Fabrikinspektor für Schwaben und Neuburg revidierte 196 Betriebe mit 822 Arbeitern, wovon 362 Lehrlinge. In 44 Betrieben befanden sich ausschließlich Lehrlinge, in 52 Betrieben dagegen gar keine und in 19 Werkstätten arbeiteten die Meister allein oder nur mit Hilfe ihrer Söhne. Die Zahl der Lehrlinge in den verschiedenen Geschäften schwankt zwischen 1—10. Die Lehrzeit währt zwischen 2 bis 4 Jahre. Das Lehrgeld beträgt 25—400 M. Die tägliche Arbeitszeit dauert in ca. 100 Werkstätten 12, in 35 13 und in den übrigen Betrieben 10—11 $\frac{1}{2}$ Stunden. Die Wochenlöhne schwanken zwischen 10,80 und 28 M., vorherrschend sind die Löhne zwischen 18 und 21 M. Wo Verpflegung geboten wird, betragen die Löhne 3,50—7,50 M. —

Ueberblickt man die ganze, in den acht Einzelberichten gegebene Darstellung des Schlosserhandwerks, so zeigt dieselbe, wie es im Sturm und Drang der neuen Zeit unter der Konkurrenz der Fabrikindustrie technisch und wirtschaftlich zurückgegangen und verarmt ist. Viele Schlossereien sind zwerghaftige und arme Kleinbetriebe, andere und zwar eine sehr große Anzahl der Betriebe, arbeiten nur mit Lehrlingen und der größte Theil der Gehilfenbetriebe hat ebenfalls so viele oder noch mehr Lehrlinge als Gehilfen. Ein Drittel aller Hilfskräfte sind Lehrlinge, d. h. 2856 auf 8430 Arbeiter. Häufig wird eine verwerfliche Lehrlingszucht getrieben, bis zu 10 Lehrlingen werden in einer Werkstatt beschäftigt! Und dieses Handwerk, das sich nur mühsam mit der Ausbeutung der Schwächsten, mit der Ausnutzung der Lehrlinge als billige Arbeitskräfte, mit Reparaturen und Spezialarbeiten für die Fabrikindustrie und ihre Erzeugnisse, mit miserablen Arbeitsräumen und erbärmlicher Verpflegung seiner Gehilfen und Lehrlinge, mit langer Arbeitszeit und schlechten Löhnen nothdürftig über Wasser halten kann, das dem Tode geweiht ist und auf der ganzen Linie an hochgradiger Schwindsucht leidet, das glaubt man durch eine reaktionäre Gewerbegesetzgebung wieder heben und beleben zu können. Diesen armen, vegetierenden, unter dem Einflusse der Noth abgestumpften Handwerksmeister sollen die Gehilfen angeliefert werden, ihnen will man Summungsgerichtsgerichte, Krankenkassen, Arbeitsnachweis, Regelung des Lehrlingswesens u. überlassen! Das deutsche Reich erscheint mit dieser reaktionär-zünftlerischen Politik so geistlos und hilflos, wie das Handwerk, welches es wieder jung und gesund machen will. Das ist eine Politik des Bankrotts, die um so blamabler erscheint, je tieferen Einblick man in das Glend des von der Industrie erdrückten Handwerks thut. Dieses arme Handwerk kann auch der Arbeiterschaft keinen Boden bieten zu wirtschaftlichem und sozialem Emporkommen, sondern nur zu einer armseligen Hungerexistenz. Für die Arbeiterschaft ist daher der wirtschaftliche Fortschritt mit dem herrschenden Typus des kapitalkräftigen Betriebs geradezu eine Lebensfrage, denn von ihm, nicht von der Erhaltung des verarmten Handwerks, hängt die Aufwärtsbewegung der Arbeiterklasse ab.

— Kohle und Eisen. —

(Fortsetzung.)

Der Bergbau.

Je weiter zurück in der Geschichte, desto leichter war den Völkern die Gewinnung des Rohmaterials wegen der großen Vorräthe, desto schwieriger aber wieder wegen des Fehlens der wissenschaftlichen Kenntnisse und guten Werkzeuge. Die Bohrversuche der älteren Völkerschaften auf Kohle und Eisen wurden daher meist willkürlich unternommen, oder man ließ die Götter entscheiden. — Heute lehrt uns die Geologie nach der Beschaffenheit und Lagerung des Gesteins urtheilen, ob an einem bestimmten Orte auf das Vorkommen irgend eines gesuchten Materials gerechnet werden kann.

So viel als möglich wurde in früherer Zeit Tagebau angewendet, d. h. das Anlegen unterirdischer Bergwerke vermieden. Wo es nicht zu umgehen war, wurden Schächte angelegt, je nach dem Anspruchsstand der Völker mit sehr verschiedener Sorgfalt. Die Römer haben ihre Schächte sehr sorgsam durch Manerung ausgebaut, andere Völker eben nicht mehr als unbedingt nöthig, um den Einsturz zu verhindern.

Die Gewinnungswerkzeuge für den Abbau bestanden in alter Zeit aus nichts weiter, als Haue, Hammer und Meißel (Schlägel und Eisen). Heute kommen noch Bohr- und Sprengwerkzeuge der verschiedensten Art für Maschinen und Handbetrieb hinzu.

Aus der Schweiz.

Arbeitslosenversicherung u. Arbeitsnachweis.

In dem von der sozialdemokratischen Partei der Schweiz 1893 gestellten Initiativbegehren auf Einführung des Rechts auf Arbeit war u. A. auch die Forderung enthalten nach Organisirung der Unterstützung der Arbeitslosen und des öffentlichen Arbeitsnachweises. Das Initiativbegehren wurde in der Volksabstimmung verworfen, die schweizerischen Bundesbehörden hatten aber doch aus der Campagne das Gefühl gewonnen, daß etwas geschehen sollte und so griff man die Arbeitslosenversicherung und den Arbeitsnachweis aus der Reihe der aufgestellten Forderungen heraus. Der Bundesrath veranstaltete darüber Erhebungen bei den Kantonsregierungen, den Unternehmer- und Arbeiterorganisationen, die aber auch heute noch nicht abgeschlossen sind. Für die Arbeiterschaft sollte das schweizerische Arbeitersekretariat in Zürich eine Darstellung liefern, die indeß noch nicht fertiggestellt ist, worüber ihm Vorwürfe gemacht worden sind.

Darauf wird nun in dem soeben für 1896 erschienenen Jahresberichte geantwortet und zwar in so ausführlicher und lehrreicher Weise, daß dafür auch das Ausland sich interessieren dürfte. Es fallen für die Frage, setzt das Arbeitersekretariat auseinander, drei Hauptaufgaben in Betracht: 1. Wie ist auf dem Wege einer statistischen Erhebung ein Ueberblick über das Vorkommen von Arbeitslosigkeit zu gewinnen? Auf welche Weise wäre eine Arbeitslosenversicherung einzurichten? 3. Wie ist ein guter Arbeitsnachweis zu gestalten?

Eine Arbeitslosenstatistik ist viel schwieriger, als es den Anschein hat. Als im Jahre 1880 das Schema für den Zensus, die Volkszählung, in den Vereinigten Staaten von Amerika, das auch eine Zählung der Arbeitslosen mit der Volkszählung verband, bekannt wurde, verlangte auch die Arbeiterschaft in der Schweiz bei der für dieses Jahr angelegten eidgenössischen Volkszählung ein ähnliches Verfahren. Sie mußte sich überzeugen, daß das bei unserer Organisation der Volkszählung nicht möglich war. Die in den Ver. Staaten erlangten Resultate waren auch nicht viel zu gebrauchen.

Seither sind wiederholt an den verschiedensten Orten Versuche mit Zählungen von Arbeitslosen während der Arbeitslosigkeit gemacht worden, aber fast durchgängig mit mangelhaftem Erfolg. Die sichersten Zahlen ergaben sich noch aus den Berichten der gewerkschaftlichen Vereinigungen, die an ihre Mitglieder Arbeitslosen-Unterstützung zahlten, aber diese Zahlen konnten nicht ohne Weiteres auf Arbeiter anderer Berufe angewandt werden. Man hatte angenommen, daß die im deutschen Reich eingeführte Kranken- und Unfallversicherung statistisches Material für die Zahl der jeweils beschäftigten und unbeschäftigten Mitglieder der Krankenkassen geben würde. Das war aber nicht der Fall.

Das deutsche Reich veranstaltete deshalb im Jahre 1895 zwei Zählungen von Arbeitslosen, eine im Juni und die zweite zusammen mit der Volkszählung am 2. Dezember. Man war sehr gespannt auf das Ergebnis. Nun sind zwar Zahlen zu Tage gekommen,

Das Handbohren war im Mittelalter bereits bekannt, und bald nach der Erfindung des Schießpulvers wurden auch Versuche gemacht, dasselbe zum Sprengen beim Bergbau zu benutzen. Heute werden unterirdisch durch Luftdruck oder elektrische Kraftübertragung betriebene Bohrmaschinen von ganz erstaunlicher Leistungsfähigkeit angewendet und Dynamit als Sprengmaterial benutzt.

Der Grubenbau wurde von den Alten auf die Anlegung kurzer Strecken beschränkt. Doch wurden schon im Mittelalter von einigen Völkern, und namentlich in Gegenden, wo das Wasser nicht hinderte, größere Strecken abgebaut. Das Ausbauen der Strecken geschah früher und geschieht heute noch vielfach durch Zimmerung. Manerung wird häufig angewendet, wenn die Gefahr des Einsturzes nicht nur für die Grube vorliegt, sondern auch für die über Tage befindlichen Anlagen.

Die Schächte wurden früher einfach abgeteilt, später ausgemauert, heute werden sie mit großen eiseren Röhren ausgekleidet. Stollen, das sind Seitengänge, die ins Freie führen, wendete man früher häufig zum Ablauf des Wassers an, heute zu eben demselben Zweck, aber auch zur besseren Belüftung.

Die Förderung, d. h. das Herausbringen des Materials aus den Bergwerken geschah früher durch Menschenkraft. In alten Zeiten wurde das Material in Säcken aus der Grube geschafft, später auf den Strecken Karren, in den Schächten Aufzüge angewendet.

aber sie müssen erst noch sehr gestützt werden und selbst dann werden sie nur ein Augenblicksbild geben, das sehr mit Vorsicht aufzunehmen ist. Denn die Dauer der Arbeitslosigkeit ist eben nur bis zum Zählungstage angegeben, während erfahrungsgemäß zu Ende Dezember und im Januar die Arbeitslosigkeit noch größeren Umfang annimmt. Nur da, wo man den gezählten arbeitslosen Personen noch nachfragen konnte, waren die ergänzenden Zahlen noch zu gewinnen. Ob aber selbst diese vervollständigten Zahlen als ein Durchschnitt auch nur für 10 Jahre gelten können, ist doch sehr zweifelhaft. Unter diesen Umständen ist es höchst unwahrscheinlich geworden, ob man auf dem Wege einmaliger Zählung auch nur zu einigermaßen brauchbaren Resultaten gelange, brauchbar in dem Sinne, daß sich daraus rechnerische Anhaltspunkte für eine Arbeitslosenversicherung ergeben. Als Momentbilder der Arbeitslosigkeit haben solche Zählungen allerdings einen sozialstatistischen Werth.

Es wird also kaum etwas anderes übrig bleiben, als sozusagen eine ständige Buchführung über den Arbeitsmarkt einzurichten. Aber die ganze Methode einer solchen verlangt noch ein eingehendes Studium, wie sich bei Darstellung der dritten Frage zeigen wird.

Nicht mindere Schwierigkeiten bietet die Darstellung einer zweckentsprechenden Arbeitslosenversicherung. Und zwar ist es wohl weniger die rechnerische Schwierigkeit über die Höhe der Prämien, die da in den Weg tritt. Hier kann man ganz wohl mit irgend zu treffenden Ausnahmen beginnen und sich durch die Erfahrung weiterleiten lassen. Die private Unfallversicherung hat es gar nicht anders gemacht. Wenn Gemeinde und Staat einspringen, so kann man Versuche mit dieser Versicherung schon machen.

Die größte Schwierigkeit liegt aber in einer richtigen Einrichtung des Arbeitsnachweises. Die gelehrten Sozialpolitiker werden über einen solchen Ausspruch sehr erstaunen. Für sie ist die Frage in den Gemeinde-Arbeitsnachweiskbüros, die gar wie in Württemberg Zentralstellen eines über das ganze Land verzweigten Netzes von Arbeitsnachweistellen sind, vollständig gelöst. Für den Arbeitersekretär, der intimer in die Arbeiterbewegung hineinsieht, ist diese bürokratische Lösung durchaus ungenügend, selbst da, wo, wie meist in Deutschland, die sog. Streikklause durchgeföhrt wird, d. h. wo das Bureau im Streikfalle seine Thätigkeit für das betreffende Gewerbe einstellt.

Soll die Einrichtung des Arbeitsnachweises in den Städten und die kommen hier voraus in Betracht, wirklich eine brauchbare soziale Beobachtungsstation über den Arbeitsmarkt, eine Grundlage für die schon erwähnte ständige Buchführung werden, dann muß die Selbstthätigkeit der Arbeiter ganz anders organisiert werden, als in der Bestellung der Hälfte der Kommmissionsmitglieder, die, wenn das Bureau einmal eingerichtet ist, nur noch alle Jubeljahre einmal zusammenkommen, um verhältnißmäßig untergeordnete Fragen zu erledigen.

Wie schwierig diese Frage ist, zeigen gerade verschiedene Kämpfe in letzter Zeit, die sich fast ausschließlich um den Arbeitsnachweis drehen. Der Arbeitsnachweis gehört vorzugsweise in die Hände der Arbeiter, es ist ihr lebendiges Fleisch und Blut, das

Die Karren wurden von Menschen bewegt, die Aufzüge durch Pferdekraft oder Wassermotoren. Heute hat man bereits unterirdische Lokomotiven, durch komprimierte (Preß-)Luft bewegt, oder vom elektrischen Strom getrieben; auch Drahtseilbahnen werden angewendet. In den Schächten werden Aufzüge mit Dampfkraft bewegt, welche aus einem Schacht an einem Tage bis 1 Million Kilo Material an's Tageslicht fördern.

Die Fahrung oder Fahrkunst, das ist die Vorrichtung, durch welche die Arbeiter in die Grube gelangen, bestand früher aus einfachen senkrecht stehenden Holzleitern, welche später durch Körbe an Seilen ersetzt wurden. Heute werden Fahrstühle an Drahtseilen angewendet und von denselben Maschinen getrieben, die das Material aus den Gruben heraufbefördern.

Den größten Uebelstand bildeten stets die Grubenwasser. Die Alten konnten nicht tiefer bauen, als bis das Wasser ihnen zu lästig wurde. Solche Gruben, die aus diesem Grunde nur zum allergeringsten Theile ausgenutzt werden konnten, gab es noch im 18. Jahrhundert, obwohl man durch Pferdekraft und Wassermotoren die Trodcanlage versuchte und auch zum Theil erzielte. Erst als Newcomen die einfach wirkende Dampfmaschine erfand, konnten die Gruben tiefer ausgenutzt werden. Zur vollen Ausnutzung kam es erst in unserem Jahrhundert, als die Dampfmaschine leistungsfähig wurde und billig arbeitete. Es sollte

Hier auf den Markt kommt und dazu sollen sie das erste Wort zu sagen haben. Auf jedem Markt sind es die Verkäufer, die die Börse in den Händen haben, auf dem Arbeitsmarkt, wo die wirtschaftlich schwächste Klasse als Verkäufer der Arbeitskraft auftritt und ohnehin in viel ungünstigerer Lage ist wie die Käufer, sollte es nicht anders sein und jeder andere Zustand darf unbedenklich als Vergewaltigung bezeichnet werden.

Das haben die Behörden in welschen Ländern längst begriffen, selbst wenn sie sozialpolitisch sehr rückständigen Ansichten huldigten, wie z. B. in vielen italienischen Städten. Die Institutionen, die unter dem Namen *Bourse du travail*, *Chambre du travail*, *Camera del lavoro* in Frankreich, Italien und Genf von den Gemeinden subventioniert werden, sind ein Beweis dafür. Gewiß haben diese Institute noch ihre Mängel und da und dort sind sie auch nicht von Engeln geleitet, aber sie haben schon sehr viel Gutes auf dem Arbeitsmarkte geleistet und zeigen uns einen Weg, auf dem kritisch und positiv weiter zu schreiten ist.

Dabei sollen durchaus nicht etwa die Arbeitsherren vergewaltigt werden, man braucht davor auch gar keine Angst zu haben; sie wüßten sich schon zu wehren und bleiben ja trotzdem die wirtschaftlich Stärkeren. Im Gegentheil, man wird eine Form finden müssen, bei der die Arbeitsherren in geeigneter Weise die Führung solcher Institute kontrollieren können und man wird eine öffentliche Instanz haben müssen, die in Streitfällen entscheidet. Diese Institute sollen ja nicht etwa Kampfspielereien sein, sondern dem Arbeitsmarkte wirklich dienen und das können sie nur dann, wenn Käufer und Verkäufer sich in ihnen loyal zusammenfinden.

Das Schlimme ist nur, daß eine solche Form der Organisation des Arbeitsnachweises theoretisch wohl zu finden, aber schwer klar zu machen ist. Der Arbeitersekretär hat sich redlich Mühe gegeben, einen vollständigen Plan dafür aufzustellen, er hat ihn wiederholt vor verschiedenen Kreisen zur Sprache gebracht, aber nicht nur bei wohlwollenden Angehörigen der oberen Klassen, sondern sogar bei Arbeitern nur sehr mangelhaftes Verständnis angetroffen. Möglich, meint der Arbeitersekretär Greulich, daß die Schuld ebensosehr an der Mangelhaftigkeit des Planes des Arbeitersekretärs, wie an Verständnis der Angefragten liegt.

Hier kann nur die praktische Anwendung entscheiden. Deshalb hat sich der Arbeitersekretär bemüht, eine Organisation zu schaffen, in der die praktische Anwendung vorgenommen werden kann: Die Organisation einer freiwilligen, politisch und religiös neutralen Arbeitskammer in Zürich, deren Kosten zunächst durch die beteiligte Arbeiterschaft selbst aufgebracht werden sollen. Die Grundlagen für eine solche Organisation lagen schon vor einem Jahre bereit, aber die Verhandlungen zogen sich in die Länge. Mit 1. Mai 1897 ist die Züricher Arbeitsbörse aber mit Genosse Böhlinger, Buchdrucker, als Arbeitersekretär eröffnet worden.

Wollte und dürfte, sagt sodann Greulich weiter, der Arbeitersekretär die gestellten Fragen nur so oberflächlich berühren, so hätte er die Arbeit, zu der eine geschichtliche Einleitung längst fertig ist, früher ausfertigen können. Aber er hat in seinem Referat vor

nicht nur das Grubengas ganz entfernt werden, sondern auch das Trockenlegen nicht zu themen kommen.

Die Wetterführung. Eines der wichtigsten Erfordernisse für die Gesundheit des Bergarbeiters ist gute Wetterführung. Man versteht darunter die Beseitigung der Grubengase, womöglich schon die Verhinderung der Ansammlung derselben, sowie Fortschaffung des Kohlenstaubes usw. Das ist nur durch fortwährende Zuführung frischer Luft möglich. Bei den Gruben der alten Völker konnten Explosionen (wenn sie auch nicht ganz ausblieben), nur selten vorkommen. Diese Gefahr für das Leben der Bergarbeiter ist vielmehr eine Folge der neueren Produktionsmethoden. — Ventilatoren, große Dampfdruckpumpen und andere Vorrichtungen sind erdacht worden, um stets gute reine Luft in der Grube zu haben. Apparate sind gebaut worden, welche den Gehalt der Luft an Explosionsstoffen anzeigen, damit die Arbeiter die Gefahren rechtzeitig erkennen können. Die Einführung dieser Vorrichtungen zum Schutz des Lebens des Arbeiters muß aber stets erst durch Gesetze und Polizeiverordnungen erzwungen werden.

Produktionsmittel.

Als Produktionsmittel zur Darstellung des Eisens aus den Erzen dienen die verschiedenen Brennmaterialien, sowie Gebläse zur Erhöhung der Brennbarkeit der Stoffe. Die ältesten Völker benutzten Holz und Steinkohlen so, wie sie dieselben vorfanden. Den Römern war jedoch schon die Bereitung

dem Arbeitertag in viel folgenden Satz ausgesprochen: „Es ist als eine allgemein anerkannte Wahrheit vorauszusetzen, daß es eine Hebung und Befreiung der Arbeiterklasse, ja daß es überhaupt einen sozialen Fortschritt nicht geben kann, ohne durch die Organisation und die organisierte Selbstbetheiligung der Arbeiterschaft. Sie selbst muß ihre geschichtliche Entwicklung erringen. Jedes Stück sozialer Reform ist von dem Standpunkt aus zu betrachten, ob es der organisierten Selbstbetheiligung Vorschub leistet oder nicht.“

Dieser Standpunkt ist auch in der hier behandelten Frage der für das Arbeitersekretariat maßgebende. Hier liegen noch viel schwerer wiegende Interessen der Arbeiterschaft in Frage, als bei der Kranken- und Unfallversicherung. Dazu ist das Gebiet noch viel weniger bearbeitet, als jenes war. Man sollte deshalb gegen das Arbeitersekretariat gerecht sein, wenn es erklärt, es habe diese wichtige Frage nicht so in kurzer Frist fertig behandeln können. Das soll und muß gründlich geschehen, was hoffentlich nun halb möglich ist.

Sollte aber gar die Beschuldigung erhoben werden, die Verzögerung durch das Arbeitersekretariat sei schuld, wenn dem Glend der Arbeitslosigkeit in der nächsten Zeit nicht genügend gesteuert werden könne, so wäre darauf zu bemerken, daß man in Nothfällen provisorisch mit den bekannten Unterstützungsmitteln nur weiter helfen möge, um das Glend zu mildern und daß das für eine weitere Zukunft viel besser ist, als wenn man eine so wichtige Frage geschwind in einer Art entscheidet, die für die Zukunft nur heftige Reibungen und Kämpfe zur Folge hat. —

Es sind in diesen Ausführungen des schweizerischen Arbeitersekretariats über Arbeitslosigkeit, Arbeitslosenversicherung und Arbeitsnachweis manche beherzigenswerthen Gedanken enthalten, die zwar zumeist nicht gerade neu sind, aber wieder einmal bei der fortbauenden Diskussion über diese Fragen ausgesprochen werden dürften und Beachtung verdienen.

* * *

Arbeitsnachweiskbureau der Maschinen- und Metallindustriellen.

Eine merkwürdige Ueberraschung hat der „Verein schweizerischer Maschinen- und Metall-Industriellen“ seinen Arbeitern, sowie der Metallarbeiterschaft überhaupt bereitet. In einem Zirkular, dessen Inhalt die Kunde durch die ganze Presse macht, theilt derselbe mit, daß von den Industriellen ein Arbeitsnachweiskbureau errichtet worden sei. Aus der Begründung, die der Konstituierung dieses Bureaus gegeben wird, sowie über den Charakter desselben wollen wir Folgendes reproduzieren: „Der Verein, der zum Zwecke der Förderung der Maschinen-Industrie im Jahre 1884 gegründet worden ist, umfaßt gegenwärtig 100 Werke, Gießereien, Maschinenwerkstätten etc., in welchen Neujahr 1897 rund 21,000 Arbeiter beschäftigt waren.“ Dann heißt es weiter: „Bei einer so großen Anzahl von Betrieben und von darin thätigen Arbeitern finden naturgemäß fortwährende Verschiebungen im Arbeiterstande statt, welche sich zur Zeit durch Ankündigung in öffentlichen Blättern, durch persönliche Nachforschungen und durch Vermittlung von mehr oder we.iger

der Holzkohle bekannt. Diese blieb so lange das einzige Brennmaterial, bis im 17. Jahrhundert die Bereitung der Koke aus Steinkohlen erfunden wurde.“

Die Kokegewinnung geschah in der ersten Zeit in Meilern. Später wurden dazu besondere Ofen konstruirt, welche die brennbaren Gase nutzbar machen, die bei der Verkokung aus den Kohlen gewonnen werden. Die bisher beste Ofenkonstruktion ist die vom Engländer Apoll erdachte. Die Leistungsfähigkeit eines Ofens ist so groß, daß 340 Zentner Koke in 24 Stunden darin verkokt werden können.

Flüssige Brennmaterialien finden in neuerer Zeit mehrfach Anwendung, namentlich in Rußland und Amerika, wo diese als Naphtha von der Natur geliefert werden. Ebenso da, wo Destillationsrückstände anderer Fabrikationsprozesse solche Materialien ergeben.

Gase als Brennstoffe. Nach vielen vergeblichen Versuchen gelang es dem Bergath Faber du Faur in Wasseralfingen, die dem Hochofen entströmenden Gichtgase zum Heizen der Puddelöfen zu benutzen. Später fing man an, eigene Apparate zur Gaserzeugung (Gasgeneratoren) zu bauen. Die Benutzung von Gasen als Feuerung ist da von Wichtigkeit, wo Maschinenreste hinderlich sind oder sehr starke Hitze gebraucht wird. Man kann aus allen Brennmaterialien Gase gewinnen und so die Wirkung schwach hisender Stoffe der der gut hisenden gleich machen, doch erfordern letztere weniger Material, um das gleiche Quantum Gas zu liefern.

gut orientirten Auskunftsstellen vollziehen. Zum Zwecke, den Beschäftigung suchenden Arbeitern, Vorarbeitern und Meistern aller der in den Werkstätten der Vereinsfirmen verwendeten Berufsarten Gelegenheit zu bieten, sich ohne Vermittlung und Zeitverlust jeweils an den Stellen melden zu können, wo gerade Bedarf an Arbeitern ihrer Berufsrichtung vorhanden ist, hat der Verein für seine Mitglieder ein Arbeitsnachweiskbureau errichtet. Die Auskunftsstellen dieses Bureaus werden an Arbeiter auf erfolgte frankirte Anfrage sofort und unentgeltlich ertheilt. Das Statut des Arbeitsnachweiskbureaus schließt jede Beurtheilung des Bewerbers aus, indem sich seine Thätigkeit darauf beschränkt, den Arbeitssuchenden in direkte Beziehung zu dem Arbeitgeber zu bringen, alles Weitere den direkten Verhandlungen zwischen diesen überlassend. Es ist zu hoffen, daß die Beschäftigung suchende Arbeiterschaft sich dieser ihr gebotenen großen Erleichterung gerne bedienen wird.“

Zunächst glauben wir den grundsätzlichen Theil der Vermittlungsfrage kurz erörtern zu sollen. Zur Lösung der Vermittlungsfrage gibt es für die Arbeiter nur zwei Wege: den der Selbsthilfe durch die Organisation der Arbeiter oder den, der zur Gründung von städtischen Vermittlungsämtern führt. Welchen man von beiden betreten wird, immer muß das gleiche Prinzip gelten, nämlich: daß die Vermittlung Sache der Arbeiter sein muß. Mit der Anerkennung der Arbeitskraft als Waare fällt das Vermittlungsrecht für die Unternehmer dahin. Sowie der Unternehmer beständig erklärt, Herr über sein Eigenthum sein zu wollen, so recht hat auch der Arbeiter, wenn er erklärt, Herr und Selbstbestimmer über sein einziges im Kampf um's Dasein verwertbares Eigenthum sein zu wollen. In dieser Interpretation unseres prinzipiellen Standpunktes hinsichtlich der Vermittlungsfrage und des Rechtes der Vermittlung lassen wir nicht markten. Allein im praktischen Leben begegnen mancher so selbstverständlichen ökonomischen Lehre und Wahrheit Schwierigkeiten. So auch bei der Vermittlung. Wir haben wiederholt, daß die Arbeiter von der Grundsatzstrengung insofern abweichen, als sie das Bureau entweder auf neutralem Boden stehend gründeten oder den Unternehmer-Korporationen Bestimmungs- und Berathungsrechte beim Reglement, beziehungsweise auch Kontrollrechte über die Verwaltung des Bureaus einräumten. Man sieht, daß in der Brust des einfachen Proletariats eine Summe Toleranz schlummert, an der sich die Herren der Unternehmer-Vereinigung ein Beispiel nehmen sollten. Vor Allem glauben wir dies dem Vereine der „Maschinen- und Metall-Industriellen“ sagen zu sollen. Wir zweifeln keinen Augenblick daran, daß im Statut des Bureaus geschrieben steht, daß jede Beurtheilung des Bewerbers ausgeschlossen ist. Allein das Papier ist geduldig. Wie oft hat es sich schon gezeigt, daß pomphast verkündete Prinzipien in kritischen Momenten arg in die Brüche gehen. Und sollten nun gerade diese Gefahren bei dem Maschinen- und Metall-Industriellen-Verein nicht vorhanden sein? Ohne dem Metallarbeiter-Verband etwas empfehlen oder eine Direktive geben zu wollen, glauben wir doch sagen zu müssen, daß es hier ganz am Plage sein dürfte, wenn auch nicht die gänzliche Uebernahme des Bureaus, so

Als Gebläse sind Thierfelle zu Säcken zusammengeheftet bis zur Erfindung des jetzt noch in kleinen Betrieben gebräuchlichen Spitzblasebalges in Gebrauch gewesen. Die Hochofen wurden Anfangs mit Holzkohle gefeuert und ohne Gebläse betrieben. Erst mit der Einführung der Koke als Brennmaterial wurden Gebläse unerlässlich und genügten auch die Spitzblasebälge nicht mehr. In Schweden wurden hölzerne Kästen, in welchen der Deckel auf- und abbewegt wurde, wie der Kolben im Dampfmaschinenzylinder, als Gebläse benutzt, erst einfach, dann doppelt wirkend. Es war mit dieser Vorrichtung aber auch kein genügender Druck zu erzielen. Erst als fast gleichzeitig mit der Erfindung der Dampfmaschine die eisernen Zylindergebläse erfunden waren, bekam man genügende Luftzuführung, um die schwer brennbare Koke zur Hochofenfeuerung mit gutem Erfolg zu verwenden. — Später kamen die Hüttenleute (zuerst in England) auf den Gedanken, die Gebläseluft zu erhitzen und erzielten einen ungeahnten Erfolg damit. Heute wird kein Hochofen mehr ohne stark erhitzte und gepresste Gebläseluft betrieben. Man erhitzt die Luft bis auf 800° C und erhöht den Druck bis auf 4 Atmosphären. Unter diesen Bedingungen hat sich die Koke bisher als das beste Brennmaterial für Hochofen bewährt. Notirte Gebläse (Ventilatoren) haben sich zum Hochofenbetrieb nicht eingebürgert.

(Fortsetzung folgt.)

doch neben dem Kontrollrecht das Zugeständnis eines Verwaltungsrechtes und Mitbestimmungsrecht an den Zentralverband der Arbeiter zu fordern und energisch auf dieser Forderung zu bestehen.

Aus dem Königreiche Stumm

erhält die „Rheinische Zeitung“ folgende Schilderung:

Der Gewaltige vom Hallberge läßt gerne die große soziale Fürsorge preisen, deren sich seine Arbeiter und Beamten, sowie deren Angehörige zu erfreuen haben. Seine diesbezüglichen Maßnahmen haben aber alle, aus der Nähe betrachtet, einen sehr egoistischen Anstrich. Viel Aufhebens ist davon gemacht worden, daß Herr v. Stumm gut veranlagte junge Leute, Söhne seiner Beamten und Arbeiter, auf seine Kosten ausbilden lasse. Das ist mit der Einschränkung richtig, daß diese Ausbildung nur auf eine für die Stumm'schen Werke brauchbare Thätigkeit beschränkt ist und so einseitig wie möglich nach dieser Richtung gestaltet wird. Die so „ausgebildeten“ sind dann für Herrn v. Stumm ein tüchtiges Beamtenmaterial, das ihm die auf die Ausbildung verwandten Kosten mit hundertfältigen Zinsen einbringt, in Folge der einseitigen Ausbildung aber auch ziemlich fest an seine Werke gefesselt sind. Ferner wird den jungen Leuten aber auch Tag für Tag vorgehalten, was sie der Güte ihres „Herrn“ zu danken haben, und daß sie verpflichtet seien, ihr ganzes Wissen und Können nur in den Dienst ihres „Vohlhähers“ zu stellen.

Die Löhne, welche Herr v. Stumm seinen Arbeitern zahlt, sind recht niedrige. So erhalten z. B. auf der Brebacher Hütte die im Puhlschuppen beschäftigten Jungen einen Tagelohn von 50 J., die Tagelöhner einen solchen von M 1,60—1,80 im Winter und bis zu M 2 im Sommer. Die Kohrformer bringen es auf M 2,10—2,50 pro Tag. Sie arbeiten im Afford, haben aber keine Ahnung, was sie pro Stück erhalten und folglich auch keine Kontrolle darüber, ob sie am Lohnstage ihr verdientes Geld wirklich erhalten, ob Abzüge gemacht sind oder eine Reduktion der ihnen unbekanntem Affordpreise beliebt wurde. Die anderen Handwerker bringen es auf einen Verdienst bis zu M 2,90 pro Tag, die Arbeiter an der Koaksanlage auf 3—3,25, die Hochofenarbeiter bei ihrer schweren, lebensgefährlichen Arbeit bis zu 4 M pro Tag.

Damit nun nicht etwa die Arbeiter den Stumm'schen Fleischtöpfen den Rücken kehren und in anderen Werken oder den fiskalischen Bergwerken in Arbeit treten, hat der Herrscher des Saarthales mit den Leitern der letzteren ein Abkommen getroffen, wonach sie die von seinen Werken ausgehenden Arbeiter erst nach Ablauf eines halben Jahres einstellen dürfen. Ein halbes Jahr Hungerkar — das dürfte genügen, um alle Gellüste auf höhere Löhne, als Herr v. Stumm sie gewährt, alle Verjähre, sich seiner väterlichen Fürsorge zu entziehen, im Keime zu ersticken. Der Herrscher, der einen solchen Versuch wagt, muß um Gnade stehen und sich noch glücklich schätzen, wenn sie ihm gewährt wird. Das Saarrevier verlassen kann er nicht. Er ist fast durchgängig durch den Besitz eines Häuschens oder eines Stüchchens Land an die Scholle gefesselt.

Viel Aufhebens wurde auch von dem bei Brebach errichteten Hospital gemacht. Zunächst sei festgestellt, daß es vornehmlich aus den Mitteln der Krankenkasse erbaut wurde, dann aber auch seine Errichtung im direkten Interesse des Herrn v. Stumm lag. Auf seinen Werken passierten viele Unfälle. Die Verletzten mußten früher in das Krankenhaus nach St. Johannis-Saarbrücken geschafft werden. Der Transport wie die Verpflegung derselben verursachten auf diese Weise viele Kosten. Die häufigen Transporte erregen aber auch ein nicht gerade angenehmes Aussehen. Heute erfährt Niemand mehr, wie groß die Zahl der Unfallverletzten auf den Stumm'schen Werken ist.

Eine weitere der gepriesenen sozialen Einrichtungen ist die Einführung der Essenwagen. Die Arbeiter der Brebacher Hütte wohnen auf den in näherer und weiterer Umgebung liegenden Ortschaften. Sie können ihr Mittagessen daher nicht zu Hause einnehmen; früher brachten ihnen ihre Angehörigen das Essen. Das ist nun geändert. Herr v. Stumm ließ Wagen zur Unterbringung der Essenbehälter bauen; diese fahren je einer nach einer Ortschaft. Sehr praktisch eingerichtet sind die Wagen gerade nicht. Wenn die Arbeiter den Essenbehälter dem Wagen entnehmen, finden sie das Essen, sofern es nicht feste Stoffe hat, zum großen Teil verdirbt. Auch für die Barmhaltung des Essens ist keinerlei Fürsorge getroffen. Die Empfänger müssen es kalt hinstattwärmen. Die Benutzung dieses Essenwagens ist insofern obligatorisch, als auch die Arbeiter, die ihn nicht benutzen und sich

das Essen nach wie vor von ihren Angehörigen bringen lassen, ihren festgesetzten Beitrag, zu 1 M pro Kopf und Monat, zahlen müssen. Die Wagen sind für Aufnahme von 200 Eßgeschirren eingerichtet; der Fuhrmann erhält einen monatlichen Lohn von 75 M; die Fahrt zum Hoken des Essens dauert zu zwei Stunden. Herr v. Stumm versteht es, wie man sieht, die Kosten für die von ihm geschaffenen sozialen Einrichtungen den Arbeitern aufzuerlegen und bemißt sie nicht zu gering. Nach den Orten aber, woher nur eine geringe Anzahl von Arbeitern kommt, fährt auch kein Essenwagen. Die Sache rentirt sich eben nicht. Für den Ort Brebach selbst ist diese Einrichtung von weitest tragender Bedeutung. Die Frauen machten, wenn sie ihren Männern das Essen brachten, in den verschiedenen dort errichteten Geschäften ihre Einkäufe. Die neue Einrichtung hat den geschäftlichen Verkehr gänzlich von Brebach abgelenkt. Die früher blühenden Geschäfte stehen vor dem Ruin. Der Preis der Grundstücke ist dadurch natürlich bedeutend gesunken. Dies mag Herrn v. Stumm nun nicht unangenehm sein, steht er doch schon seit längerer Zeit in Unterhandlung wegen Ankauf eines größeren Landkomplexes zur Vergrößerung seines Werkes, der bisher des von ihm zu hoch befundenen Preises wegen nicht zum Abschluß gelangte. Die „soziale Einrichtung“ der Essenwagen bringt Herrn v. Stumm, wie aus Vorstehendem ersichtlich, reiche pekuniäre Vorteile.

Eine Kaffeeküche ist auf der Brebacher Hütte eingerichtet worden. Der Arbeiter erhält einen Liter „Kaffee“ für 2 J. Zur Errichtung der Kaffeeküche sah sich Herr v. Stumm durch den Umstand gezwungen, daß durch die Abwässer seiner Ammoniakfabrik das Trinkwasser im ganzen Brebacher Thal verdorben wurde. Er sah sich schließlich auch zur Anlage einer kostspieligen Wasserleitung genötigt, deren Uebernahme durch die Gemeinde jetzt auf seinen speziellen Wunsch erfolgen soll, und da die Gemeinderäte fast durchgängig willenslose Puppen in seiner Hand sind, auch zweifellos übernehmen wird. Damit hat er denn auch diese Last von sich und auf die Gemeinde abgewälzt.

Die rücksichtslosen Maßnahmen des Freiherrn, der, auf seine Geldmacht pochend, alles seinem Willen und seinen Interessen beugen will, und dabei weder bei seinen Klassengenossen noch seinen Verwandten Halt macht, haben bei einem großen Theil der Bewohner des Saarthales längst stillen Ingrimm erweckt, der sich in letzter Zeit hier und da Luft macht. Etwas bisher unerhörtes! Die geübte Tyrannei beginnt so schwer zu drücken, daß energische Abhüttelungsversuche in nächster Zeit zu erwarten sind. Das gilt natürlich für die außerhalb seines speziellen Machtbereichs, Neunkirchen und Brebach liegenden Orte und für Personen, die nicht unter seiner direkten Oberhoheit stehen. In seinem speziellen Machtbereich duldet er auch nicht die geringste eigene Meinungsäußerung. Je mehr aber der Einfluß des Herrn v. Stumm im Saarthale schwindet, je mehr wird er auch des Nimbus der sozialen Fürsorge für seine Untergebenen, mit dem er sich so schön zu schmücken wachte, entkleidet werden, und der unerbittliche Kapitalproß zum Vorschein kommen.

Das System der schwarzen Listen

wird gegenwärtig in Stuttgart mit aller Schärfe angewandt. Der neu gegründete Verband der Metallindustriellen Württembergs, dessen Vorsitzender Kommerzienrath Ernst Kuhn ist, will hinter seinem norddeutschen Bruderverband nicht zurückstehen. Aus Anlaß des Streiks bei Weygandt u. Klein in Stuttgart hat derselbe sämmtliche Ausständigen auf die schwarze Liste gesetzt. Folgendes vertrauliche Zirkular, das den deutschen Arbeiterjüngling trefflich illustriert, kam der „Schwäb. Tagwacht“ zugeflogen:

Stuttgart, d. 9. 6. 97.

Herrn R. R.

Nachdem bei dem Verbandsmitglied, den Herren Weygandt und Klein, Maschinenfabrik hier, ein Streit wegen Nichtbewilligung kürzerer als zehnständiger Arbeitszeit und prozentualer Lohnerhöhung ausgebrochen ist, so verzeichnen wir Ihnen auf der Nebenseite die Namen der ausstehenden Arbeiter und erlauben Sie unter Hinweis auf § 4 der Statuten, keinen der Arbeiter einzustellen. Sollte einer derselben in Ihrem Betriebe schon eingestellt sein, so bitten wir Sie, denselben zu entlassen.

Hochachtungsvoll

Der provisorische Vorstand des Verbandes Metallindustrieller in Württemberg, stellvertretender Vorsitzender: Oberbauath A. Groß, Direktor der Maschinenfabrik Splingen.

Der angezogene § 4 des Statuts, der die Gemeingefährlichkeit solcher Unternehmerrüuge beweist, hat folgenden Wortlaut:

§ 4. Jedes Verbandsmitglied, bei welchem ein Streit ausbricht, hat dem Verbandsvorstand sofort seine Lohn- und Arbeitsverhältnisse darzulegen. Dieser hat, erforderlichenfalls nach Anhörung von Arbeitern der betreffenden Fabrik, darüber zu beschließen, ob der Streit berechtigt ist oder nicht.

Erklärt der Vorstand den Streit für nicht berechtigt, so darf kein Verbandsmitglied einen streikenden Arbeiter in seinem Betrieb beschäftigen und muß einen aus Versehen eingestellten Arbeiter alsbald wieder entlassen. Der Vorstand hat für Bekanntmachung der Namen der streikenden Arbeiter zu sorgen.

Zu schweren Kerkerstrafen werden die Arbeiter verknurt, die mit ungeschickten Mitteln ihre Kollegen zu veranlassen suchen, mit ihnen gemeinsame Sache zu machen. Hier aber, wo die Berufserklärung systematisch geschieht, wo ehrlichen Arbeitern, die gerne sich und den Ihren den Unterhalt erwerben wollen, die Arbeitsgelegenheit in weiten Gebieten entzogen wird, findet sich kein Staatsanwalt, der die Ungehelichkeiten zur Sühne brächte. Unnachlässig gegen Jeden vorzugehen, der brave Arbeiter von der Arbeit abhält, hat das Reichsoberhaupt kürzlich versichert; hic Rhodus, hic salta!

Zur Aussperrung in Dänemark.

Kollegen und Klassenbrüder!

Der von uns geführte Kampf, dessen Entfaltung und Umfang Sie schon kennt, wird unverändert fortgesetzt. Wir hatten den Fabrikanten Verhandlungen angeboten und haben diese auch 8 Tage lang geführt; in diesem Zeitraum haben wir 6 Zusammenkünfte mit ihnen gehabt, aber ohne Resultat. Die Fabrikanten haben bei diesen Verhandlungen im vollen Maße bewiesen, daß sie einzig und allein die Schuld an dem Ausbruch der Streitigkeiten tragen. Um Euch zu beweisen, wie sehr wir den Abschluß des Kampfes wünschen und wie gemäßig unsere Forderungen sind, führen wir hier einige der Hauptpunkte an, welche die Grundlage des ganzen Streites bilden. Die Fabrikanten haben ein Werkstellen-Reglement in den Fabriken aufgehängt, auf dessen Befassung wir nicht den geringsten Einfluß auszuüben Gelegenheit gehabt haben. Der eigentliche Streitpunkt in diesem Reglement ist das Affordsystem. Um Euch darüber aufzuklären, wie die Stellung der Fabrikanten sowohl wie unsere eigene zu dieser Frage ist, verweisen wir auf die „Deutsche Metallarbeiter-Zeitung“ Nr. 24 vom 12. Juni, in welcher unter der Rubrik „Gewerbegerichtliche Urtheile“ ein Urtheil „Affordlohn.“ Ist die Klausel gültig uvm.“ mitgeteilt wird. In dem von unsren Fabrikanten aufgehängten Reglement befindet sich eben derselbe Kebers, wie der § 3, welcher in dem Artikel der „D. M.-Ztg.“ erwähnt wird, nur ist der Unterschied zwischen den deutschen und unseren Gerichten der, daß, während die deutschen Gerichte einen solchen Kebers für ungültig erklären, das dänische Urtheil auf Gültigkeit lautet und daß ein Arbeiter den Stundenlohn nur für die Zeit erhalten könne, als er im Afford gearbeitet habe. Deshalb müssen wir durch einen Kampf das uns von den Gerichten verweigerte Recht zu erhalten trachten. Gleichzeitig wünschen wir, daß der Lohnkampf in Dänische und Slagelse, welcher den Anlaß zum Lock-out gab, durch Schiedsgericht geregelt werden solle. Diese gemäßigten Forderungen haben die Fabrikanten nicht einräumen wollen. Von letzterer Seite waren die Verhandlungen nichts anderes als Komödie und umgehende Bewegungen, um die Schuld an dem Fortbestehen des Konfliktes auf die Arbeiter zu wälzen und dadurch die öffentliche Sympathie von uns abzuwenden. Dieses ist ihnen mittlerweile nicht gelungen. So sieht es dem Anscheine nach aus, aber in der Wirklichkeit gilt der Kampf unserer Organisation.

Kollegen! Laßt Euer Interesse für uns nicht abschwächen, selbst wenn der Kampf langwierig werden sollte, wozu alle Lustigkeit vorhanden ist. Die Arbeitskäufer in allen Gewerken haben sich zu einem großen Kartell vereinigt und nun soll Alles, was Arbeiterorganisation heißt, erdrückt werden. Der Anfang ist schon gemacht. Gestern wurden 200 Arbeiter, sowohl männliche als weibliche, auf einer Textilfabrik in Dänische ohne jede einigermaßen nachweisbare Ursache ausgesperrt, und ist es nur eine Zeitfrage, wann alle Bauarbeit zum Stillstehen gebracht wird. Die Fabrikanten thun alles Mögliche, damit dieses recht bald geschehen kann. Wie Ihr also hieraus ersieht, wird es ein harter Kampf werden, und da wir uns in diesem nicht alleine helfen können, wenden wir uns mit der Bitte um Hilfe an das Ausland, namentlich an Deutschland, nicht allein weil Ihr uns so nahe steht, sondern auch, weil wir wissen, daß die Mehrzahl der deutschen Arbeiter mit Rücksicht auf Klassenbewußtsein und solidarische Gefühle kaum von anderen übertroffen wird.

Es ist auch ein anderes Gebiet, als das materielle, auf welchem Ihr uns bedeutend helfen könntet, nämlich dadurch, daß Ihr den Kollegen, welche von hier nach Deutschland reisen, zur Arbeit verhilft; nicht wenige sind schon wieder zurückgekommen, weil sie in einigen deutschen Fabriken den Bescheid erhielten, daß Ausgesperrte aus Dänemark keine Arbeit erhalten könnten. Wir erlauben deshalb einen jeden Kollegen, welcher dänische Schmiehe und Maschinenbauer antrifft, sein Möglichstes zu thun, um ihnen Arbeit zu verschaffen, damit sie nicht gezwungen werden, wieder zurückzukehren, so lange als die Aussperrung dauert. Im Namen der sozialistischen internationalen Brüderlichkeit danken wir Euch für Alles, was Ihr schon für uns gethan habt und für die Hilfe, welche Ihr uns auch ferner angedeihen lassen wollt.

Wir werden Euch jede Woche durch Bericht an die „Deutsche Metallarbeiter-Zeitung“ auf dem Laufenden halten. Kopenhagen, den 1. Juli 1897.

Mit Gruß und Handschlag

H. P. Hansen,

Vorsitzender des „Dänischen Schmiede- und Maschinenbauer-Verbandes“.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.
Bekanntmachung.

Wir machen nochmals darauf aufmerksam, daß das Protokoll der III. ordentlichen Generalversammlung nunmehr im Druck erschienen und von hier zum Preise von 20 J per Stück zu beziehen ist.

Bezüglich der Bestellung der Protokolle bemerken wir, daß nur solche Bestellungen berücksichtigt werden können, die, sofern sie von Verwaltungsstellen oder Sektionen ausgehen, vom Bevollmächtigten und Kassier unterzeichnet und mit dem Ortsstempel versehen sind, während von Einzelbestellern ausgehenden Bestellungen der Kaufbetrag eventuell in Postwertzeichen beigefügt sein muß.

Zur Erleichterung der Geschäfte empfehlen wir den Verwaltungen bezw. Bevollmächtigten der Einzelmitglieder der Hauptklasse, für die Bestellungen ein besonderes Blatt Papier zu benutzen.

Verwaltungen und Mitglieder, die mit früher bezogenen Protokollen nicht abgerechnet haben, haben zu gewärtigen, daß ihre Bestellungen ebenfalls unberücksichtigt bleiben.

So gende Mitgliedsbücher sind ungültig und aufzuhalten: Nr.

- 53273 (Mitgliedsbuch und erstes Ersatzmitgliedsbuch) des Spenglers Heinrich Glöckler, geb. zu Diezingen am 6. Juli 1872.
72369 des Schlossers Heinrich Suhr, geb. zu Grimmen am 11. Mai 1870.
98413 des Schlossers Gustav Volker, geb. zu Nauenburg am 22. Juni 1872.
114802 des Drehers Ernst Runt, geb. zu Modelwitz am ... ? 18?
116304 des Spenglers Hermann Glöckle, geb. zu Baden-Baden am 8. November 1877.

Ausgeschlossen wird auf Antrag der Verwaltung in Stettin nach § 3 Wf. 7a der Buchhändler Gustav Stöck, geb. zu Augustwalde am 20. September 1857, B. Nr. 136 236, weil er sich beharrlich weigert, über die als Werkstattdirektor ihm gelieferten Marken abzurechnen.

Der Beitragskassier in Grünberg in Schlesien, Paul Wase, geb. zu Bromberg am 1. Dezember 1877, Haupt-Nr. 142 926, ist mit den ihm anvertrauten Beitragsmarken im Werte von M 6 spurlos verschwunden und im Betretungsfalle anzuhalten und zur Herausgabe der Marken oder des Geldebetrages zu veranlassen.

Alle für den Verband bestimmten Geldsendungen sind nur an

Theodor Werner, Stuttgart, Heumarstraße 160/II, zu richten, und ist auf dem Postabschnitt genau zu bemerken, wofür das Geld vereinnahmt ist.

Mit kollegialem Gruß

Der Vorstand.

Korrespondenzen.

Klempner.

Braunschweig. In der am 22. Juni abgehaltenen öffentlichen Klempnerversammlung referierte Kollege Kämpert in ausführlicher Weise über unsere Arbeiterpresse, dabei die Wortbeile hervorhebend, welche dieselbe den Lesern, speziell den Arbeitern bietet. Die Arbeiterpresse sei unsere beste Waffe im Kampfe gegen Kapital und Reaktion. Deshalb sei es jedes Arbeiters Pflicht, auf sein Parteiorgan zu abonnieren und nach besten Kräften für dasselbe einzutreten. Als Delegierter vom Gewerkschaftskartell erstattete hierauf Kollege Söchtig Bericht über die Tätigkeit desselben und wurde S. für das folgende Jahr wieder als Delegierter gewählt. Es fand dann noch eine lebhaft debattierte Sitzung über die vielen Bauunfälle. Auf je 18 Arbeiter ist ein Unfall vorgekommen.

Dresden. Eine öffentliche Klempnerversammlung, welche sehr gut besucht war, fand am 17. Juni im "Trianon" statt. Zum 1. Punkt: Bericht der Lohnkommission über die Antwort der Innung, nahm Kollege Pieper das Wort. Derselbe führte aus, daß die Lohnkommission, die in der letzten Versammlung beschlossenen Forderungen der Innung unterbreitet habe. Diese habe darauf geantwortet, daß sie unsere Forderungen in ihrer Ende Juli stattfindenden Generalversammlung vorlegen wolle. Hierin sei aber nur ein Verschleppungsversuch zu erblicken; auf den wir uns nicht einzulassen brauchen. Die Klempner Dresdens seien gut organisiert, und wenn noch die kleine Minderzahl, die der Organisation bisher ferngeblieben ist, sich dem Deutschen Metallarbeiter-Verband anschließen, wozu Redner die Anwesenden dringend ermahnt und auffordert, dann könnten wir, unbekümmert um die Innung, Schritte thun, um unseren beschiedenen Forderungen Geltung zu verschaffen. Hierauf ging folgende Resolution ein, welche einstimmig angenommen wurde: "Die Versammlung erblickt in der Antwort der Innung einen Verschleppungsversuch; sie beschließt, sich nicht an dieselbe zu halten, sondern beauftragt vielmehr die Lohnkommission, zur geeigneten Zeit weitere Schritte zu thun." Klempnermeister Pilz kritisierte hierauf die Uneinigkeit der Gehilfen und meinte, ein tüchtiger Arbeiter würde auch einen ordentlichen Lohn erhalten. Darauf traten ihm die Kollegen Haack und Weber energisch entgegen. Sie führten an, daß Meister Pilz unter Einigkeit wohl das Zusammengehen der Meister und Gehilfen verstehe; dies wäre schon deshalb nicht denkbar, da die Meister die Gehilfen zu brücken versuchten. Dem gegenüber wären die Gehilfen verpflichtet, Stellung gegen die Meister zu nehmen; es könnte also in Folge dessen von einem Zusammengehen keine Rede sein. Ein Antrag, mit den Nicht-Innungsmännern in Betreff unserer Forderungen in Verbindung zu treten, erledigte sich durch die Mitteilung des Vorliegenden, daß dies durch die Lohnkommission schon bereits brieflich geschehen sei. Ein weiterer Antrag, die angenommene Resolution der Innung zu unterbreiten, wurde einstimmig angenommen. Zum 2. Punkt: Bericht über den Arbeitsnachweis und Neuwahl eines Obmannes, überginger. Hierzu nahm Kollege Witzmann das Wort. Der Arbeitsnachweis wurde vom April vorigen Jahres bis Mai dieses Jahres von 385 Meistern in Anspruch genommen. Verlangt wurden 475, Arbeit nachgewiesen wurde 369 Gehilfen. 1896 wurden 294 Meistern 349 Gehilfen zugewiesen, mithin Mehrerzeugung 89 Meister und 20 Gehilfen. Als Obmann des Arbeits-

nachweises wurde Kollege Zittmann gewählt. Bei "Gewerkschaftliches" nahm Meister Pilz nochmals das Wort, um auf die Angriffe der letzten Versammlung gegen die Zustände in seiner Werkstatt zu antworten. Er konnte aber die bestehenden Mißstände nicht ablegen, sondern mußte sie sogar selbst zugeben, nur veruchte er sie abzuschwächen. Es wurde ihm auf seine Verteidigung von den Kollegen Weber und Haack gebührend geantwortet. Kollege Weber brachte hierauf noch verschiedene Mißstände zur Sprache. Bei der Firma Lehmann in der Kl. Plauenstraße wurde gerade zu Pfingsten ein Lohnabzug von 23 Prozent gemacht, auch seien die Aborte in einem erbärmlichen Zustande, in der Werkstatt fehle trotz des Gaslöhens jegliche Ventilation. Des Weiteren führte er den Klempnermeister Reinhard, Ottostraße 2, an, wo ein Gehilfe seinen sauer und wohlverdienten Lohn Sonnabends, anstatt in deutscher Reichsmünze, in Gestalt von vier Schachteln Zigaretten erhielt, die er erst einzulösen suchen mußte, um wenigstens nicht Alles einzubüßen. Hierauf wurde zur Wahl eines Vertrauensmannes für den Streikfonds geschritten und hierzu Kollege Weber einstimmig gewählt. In die Kommission der Bauarbeiter wurden die Kollegen Witzmann und Meißner beordert.

Metallarbeiter.

Berlin. In einer öffentlichen Metallarbeiterversammlung, die am 24. Juni in Marten's Salon, Friedrichstr. 236, tagte, erfolgte der Tätigkeits- und der Rechenschaftsbericht für den Agitations- und Unterstützungsfonds der Berliner Metallarbeiter für die Zeit vom 20. März 1896 bis zum 22. Juni 1897 durch den Hauptvertrauensmann Näther. Daß der sonst übliche Jahresbericht dieses Mal sich auf 1 1/2 Jahr erstreckte, hat nach Näther's Erklärung seine Ursache in den seit 1/2 Jahr gepflogenen Unterhandlungen, deren Resultat die Auflösung des Berliner Metallarbeiter-Verbandes zu Gunsten des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes war. Die Möglichkeit eines Zusammenarbeitens ist hier durch das Vertrauensmänner-System gegeben; nur ist nötig, daß jede Gruppe einen Vertrauensmann delegiert und sich an den Sammlungen beteiligt, aus welchen die gemeinsamen Kassen zu tragen sind. Eine Anzahl Lohnbewegungen, wie sie bisher noch nicht zu verzeichnen waren, hat das abgelaufene Berichtsjahr den Berliner Metallarbeitern gebracht, daneben noch eine große Zahl kleinerer Werkstatt-Differenzen. Abgesehen aber von den in Folge der Mai-feier und einigen Abwehrstreiks, die naturgemäß die hartnäckigsten und kostspieligsten sind, kann das Resultat der geführten Kämpfe als ein günstiges bezeichnet werden. Wie viel Arbeit diese Kämpfe erforderten, läßt sich daraus er-messen, daß im Laufe des Berichtsjahres nicht weniger als 136 öffentliche Versammlungen, weit über 1000 Werkstatt-versammlungen und Besprechungen und unzählige Vertrauensmänner-Sitzungen und Konferenzen stattfanden; außerdem waren 1680 Briefschaften und 12,982 Drucksachen zu expedieren. Die Zahl der Organisirten ist denn auch stetig gestiegen und beträgt jetzt, alle Organisationen zusammengefaßt, 21,000. Dem gegenüber waren auch die Unternehmer nicht müßig; neben dem Verband der Eisen-gießereien und Maschinenfabrikanten hat sich im Oktober 1896 ein Verband der Metallwaarenfabrikanten gegründet, und im Dezember der "Kühnemänner-Verband Nr. 3" für die Klempner- und Kupferschmiedemeister, Gas- und Wasser-Installateure. Um diesen volkstümlichen Organisationen erfolgreich begegnen zu können, besonders deren Unjug der schwarzen Listen, ist es unbedingt notwendig, stetig mit aller Energie weiter zu agitieren und zu organisieren. Nach diesem Tätigkeitsbericht folgte die Verlesung der der Versammlung gedruckten spezialisirten Abrechnung. Diese ergab eine Einnahme von 113,274,70 M und eine Ausgabe von 98,799,73 M. Als Bestand blieben 14,474,97 M. Unter den Einnahmen figurieren u. A. folgende Posten: Bestand am 20. März 1896 5071,14 M. Verkaufte Marken à 10 s 8815. Verkaufte Marken à 50 s 38,340,50. Mai-sammlung 1896 3409. Bisheriger Ertrag der Mai-sammlung 1897 2666,50. Listen-sammlungen: für die streikenden Schmitte- und Stangenbauer 887,17. Für die streikenden Klempner 1800,20. Für die streikenden Mechaniker 389,50. Für die am 1. Mai Ausgesperrten 21,660,76. Für die streikenden Schlosser 3159,30. Für die streikenden Schlosser (Agit.-Kom.) 755,50. Für die streikenden Arbeiter der Firma Hartung 3154. Für die streikenden Arbeiter der Firma Zimmermann u. Buchloh 734,70. Durch Teller-sammlungen 3343,64. Vom Berliner Metallarbeiter-Verband für die streikenden Schraubendreher 1100. Für die streikenden Mechaniker 300. Für die am 1. Mai Ausgesperrten 9200. Für die streikenden Arbeiter der Firma Hartung 1200 usw. Aus den Ausgaben ist hervorzuheben: An die streikenden Arbeiter der Firma G. Schulz 487 M. An die streikenden Klempner 1116. An die streikenden Schraubendreher 2652,10. An die streikenden Mechaniker 1841. An die am 1. Mai 1896 ausgesperrten Metallarbeiter 65,939,35. An die streikenden Schlosser 1174. An die streikenden Arbeiter der Firma Hartung 6344,25. Für die am 1. Mai 1897 ausge-sperrten Metallarbeiter 700. An die gemäßigtesten Kol-legen 479. An die Gewerkschaftskommission 560,50. An die streikenden Hafenarbeiter Hamburgs 500. An die streikenden Arbeiter der Firma Thiel u. Edhne, Lübeck 500. An die streikenden Feintierpuffer 100. An die streikenden Hamburger Steinseger 150. An die streikenden Wäscherinnen Jfenburgs 100. An die ausgesperrten Metallarbeiter in Dänemark 1000. An den Arbeitervertreterverein 50. An die Agitationskommission der Provinz Brandenburg 500. An den Delegierten zum internationalen Kongreß in London 330,90. An das internationale Bureau der Metallarbeiter 81,50. Zu der hieran anschließenden Diskussion wurde die Frage über die hohe Summe unter "Rechtschutz" dahin beantwortet, daß darin 624 M enthalten sind, welche die Klage der Wiener Kollegen in dem Massenprozeß verur-sachte, außerdem 150 M für den Prozeß Arnheim. Weiter wurden eine Reihe Restanten von Mainarten und eine größere Anzahl Listenrestanten veröffentlicht. Auf Antrag der Referenten, die bekundeten, Bücher, Quittungen und Be-lege wohlgeordnet und in bester Ordnung gefunden zu haben, wurde Näther einstimmig Decharge erteilt. Einen größeren Zeitraum nahm die Besoldungsfrage der Vertrauensleute in Anspruch. Das Resultat des ausführlichen Meinungsaus-tausches war folgendes: Das Prozentsystem ist aufge-hoben; die Bezirks-Vertrauensleute liquidieren ihre Unkosten;

der Hauptvertrauensmann erhält für seine Tätigkeit ein Fixum von monatlich 165 M. Weiter wurde wie bisher jährlicher Rechenschaftsbericht des Vertrauensmannes, daneben halbjährliche Revision, deren Resultat durch die Referenten im "Vorwärts" und "Metallarbeiter-Zeitung" bekannt zu geben ist. Hierauf wurde Näther als Hauptvertrauensmann für 1897/98 einstimmig wiedergewählt. Als Bezirks-Vertrauensleute wurden für den Norden: Nieber, für Moabit: Jänisch, für den Süden: Köstke einstimmig, für den Osten: Hippich gegen 7 Stimmen gewählt. Ein Vertrauensmann für den Westen fand sich nicht, somit wurde dessen Wahl einer im Westen einzuberufenden öffentlichen Versammlung übertragen. Der Bericht über die Tätigkeit der Gewerkschaftskommission wurde zurückgestellt, der Antrag, fünf Delegierte dorthin zu entsenden, abgelehnt, und Näther, Körtzen und Berger als Vertreter in die Gewerkschaftskommission delegiert. Zum Schluß erging an sämtliche Metallarbeiter die Aufforderung, daß alle diejenigen, welche von den Arbeitsnachweiser der Kühnemänner ausgeschlossen sind, dem Vertrauensmann Näther, Anklamerstraße 44, Mittheilung machen sollen über die Dauer der Aussperrung und vernünftigen Grund, unter genauer Angabe der Adresse. Das Resultat soll dann veröffentlicht werden. Es wurde bekannt gemacht, daß mit dem 24. Juni alle blauen Zehn-pfennig-Marken von den Bezirks-Vertrauensleuten ein-zuziehen sind, und an deren Stelle werden hellrothe veraus-gabt. Am 10. Juli findet das Sommerfest des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes statt.

Berlin. D. M.-B. Zur Wahl der Bezirksleitungen fanden in der letzten Zeit verschiedentlich Bezirksversammlungen statt und zwar: Am 15. Juni für den Bezirk Char-lottenburg und Spandau. Gewählt wurde zum 1. Bezirksleiter Georg Montag; als Stellvertreter Guzmanski; als Kassierer Ferd. Pasche, Charlottenburg, Potsdamerstr. 44; als Schriftführer Warthold. — Für den Bezirk Gesund-brunnen, Rosenfelder-, Schönhauser- und Prenz-lauer Vorstadt am 16. Juni. Kollege Rohrlach referierte über: Ostasiatische Kultur. Gewählt wurde zum 1. Bezirks-leiter Paul Dohow; als Stellvertreter Plathow; als Kassierer Gust. Bruck, Straßburgerstr. 27; als Schriftführer Pietich. — Am 17. Juni für den Bezirk Kitzdorf. Referent Mas-satsch. Als 1. Bezirksleiter wurde Köhler; als Stellvertreter Köhler; als Kassierer Pfepler, Bietenstraße 69; als Schriftführer Gerstmann ernannt. — Der Südost-Bezirk hielt am 17. Juni seine Versammlung ab. Kollege Rohrlach hielt das Referat über: Ostasiatische Kultur. Zum 1. Bezirksleiter wählte die Versammlung Richard Heinrich; als Stellvertreter Bogen; als Kassierer Rud. Müller, Schleißer-strasse 15. Die Wahl eines Schriftführers muß einer spä-teren Versammlung überlassen bleiben, da die vorgeschlagenen Kollegen ablehnten. — Für den Bezirk Moabit fand die Versammlung am 22. Juni statt, in der Genosse Massatsch über: "Die Gewerkschaftsbewegung einst und jetzt" referierte. Gewählt wurde zum 1. Bezirksleiter Moritz Becker; als Stellvertreter Heine; als Kassierer Krüger, Charlottenburg, Kauer-strasse 18; zum Schriftführer Hey. — Für den Bezirk Weßen, Südwesten und Schöneberg tagte die Ver-sammlung am 21. Juni. Genosse Th. Wegner hielt einen Vortrag über: Unternehmerverbände und Arbeiterverbände. Es wurde zum 1. Bezirksleiter Schlegel; als Stellvertreter Schneider; als Kassierer Kießer; als Schriftführer Berth gewählt. — In der Osten-Bezirksversammlung am 22. Juni referierte Genosse Waldeck-Mannasse. Gewählt wurde zum 1. Bezirksleiter Oskar Ficius; als Stellvertreter Bieske; als Kassierer Herbst, Mühlenstraße 49a; als Schriftführer Korantkowski. — Für den Bezirk Wedding und Oranien-burger Vorstadt, wie auch Süden und Zentrum muß eine später stattfindende Versammlung die Bezirksleitung wählen, da in den abgehaltenen Versammlungen dieselbe nicht gewählt werden konnte. — Ferner fanden für die Rohrleger und Gehilfen, wie auch für Formner und Gießereiarbeiter zwei Branchenversammlungen statt. Gewählt wurden als Branchenvertreter die Kollegen Her-mann Scheffler (Rohrleger), Charlottenburg, Krummestr. 43, und Karl Massatsch, Formner, Görligerstr. 53/54. — Sämtliche 1. Bezirksleiter und Branchenvertreter haben Sitz und Stimme in der Ortsverwaltung.

Bremen. Am 28. Juni fand im Lokale des Herrn Mühlentstet eine öffentliche Versammlung aller in der Fahr-radbranche beschäftigten Arbeiter statt, welche von ca. 100 Personen besucht war. Kollege Seers legte in ca. 15minütiger Rede den Nutzen und Zweck der Organisation klar. Es fand eine rege Debatte statt, in welcher verschiedene Miß-stände in der Fahrradfabrik kritisiert wurden. Sodann wurde folgende Resolution angenommen: "Die heutige öffentliche Versammlung aller in der Fahrradbranche beschäftigten Ar-beiter ist mit den Ausführungen des Referenten einver-standen und versprechen die Anwesenden, mit aller Kraft für die Ausbreitung des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes einzutreten."

Chemnitz. Agitationsbericht für Westsachsen. Bevor ich zum eigentlichen Bericht übergehe, ein Wort über die Ermiderung E. Niemann's auf meinen letzten Bericht. Da ich kein Freund von Zeitungspolemiken bin, so habe ich bis jetzt gewartet, aber aufgehoben ist nicht aufgehoben, Freund Niemann. Was mich am meisten wunderte, war der Hinweis Niemann's auf die Meißener Landeskonferenz, wo ich und Krause Gelegenheit gehabt hätten, über seine Tätig-keit zu kritisieren. Diese Gelegenheit hatten wir eben nicht, denn es fand über den Punkt: "Bericht der Korrespondenten" keine Diskussion statt, ergo waren wir, resp. ich, auch nicht in der Lage, über die "mehrjährige" Tätigkeit Niemann's ein Urtheil abzugeben. Die Stoffen am Ende der Ermiderung überlasse ich der Beurteilung der Kollegen. — Nur zu dem Bericht selbst. Der Winter, die geeignete Zeit für die Agitation in den Städten, wurde von den Kollegen außerhalb Chemnitz nicht voll ausgenutzt. Wenn das Frühjahr kommt und in den verschiedenen Orten mit Forderungen an die Unternehmer herangeraten werden soll, dann erinnern sich wohl manche Kollegen, ihre Schuldigkeit nicht ganz gethan zu haben. Besonders lässig hat sich Zwickau gezeigt, wo seit einem Jahr noch kein Brief, von den vielen, beantwortet wurde. — Gätten die Delegierten der Meißener Landeskonfe-renz in Bezug auf statistische Erhebungen das getadete kläg-liche Material einer solchen Statistik einmal in Händen ge-habt, sie wären ganz bestimmt nicht zu einem derartigen Beschluß gekommen. Mit einigen Ausnahmen haben es die

Bevollmächtigten nicht einmal für nötig gehalten, nur den Empfang der Fragebogen zu bestätigen. Agitationsgelder gingen außer von Chemnitz, Gablenz und Hilbersdorf von keinem Orte ein, wiederum ein Beweis, wie die Beschlüsse der letzten Landeskonferenz hochgehalten werden. Ohne Mittel aber keine Agitation — das sollten die Kollegen doch endlich einmal einsehen lernen. Nicht einmal der Referent wurde an einem Orte bezahlt, dem Betreffenden wurde erklärt: Das mag nur der Agitations-Korrespondent bezahlen, der uns den Referenten besorgt hat. Die Bewilligung von Mitteln an die bestehenden Agitationskomitees werden voraussichtlich die nächste Generalversammlung beschäftigen. Die Agitation der einzelnen Orte läßt natürlich in mancher Hinsicht viel zu wünschen übrig. Wenn ein Referent gebraucht wird, so wird gewöhnlich erst am Donnerstag oder Freitag geschrieben und wenn es dann einmal nicht mehr möglich ist, einen geeigneten Redner zu bekommen, dann erhebt sich natürlich großes Geschrei. — Arbeitseinstellungen wurden (außer einem Formstempel) nicht gemeldet, jedoch beabsichtigen die Klempner von Chemnitz in eine Lohnbewegung einzutreten, da die Lage derselben nicht die beste unter den Chemnitzer Metallarbeitern ist. Die Arbeitszeit hat sich in Folge der anhaltenden guten Konjunktur in manchen Fabriken in's Unglaubliche verlängert und steht daher die zehnstündige nur auf dem Papier. Die Löhne sind im Allgemeinen etwas höher geworden, selbstverständlich nur wegen der Ueberstunden. Maßregelungen kamen in Chemnitz, namentlich im letzten halben Jahre, sehr häufig vor, es heißt eben hier: Wer nicht kriecht, der fliegt. — An 2 Orten hat der Verband neu Fuß gefaßt, an einem dritten ist es in Aussicht genommen. — Kollegen, agitire ein Jeder von Mund zu Mund; auf dem Wege von und zu der Ausbentungsstätte ist Jedem Gelegenheit geboten, neue Streiter zu werben für die endliche Befreiung der arbeitenden Klasse.

Fr. Undeutsch, Agitations-Korrespondent für Westfalen.

Cöpenick. Am 22. Juni fand hier im „Goldenen Hirsch“ eine öffentliche Metallarbeiter-Versammlung statt, in welcher Kollege Sitkin-Berlin über: „Die wirtschaftlichen Umwälzungen und die Entwicklung der Gewerkschaftsbewegung“ referierte. In seinem mit Beifall aufgenommenen Vortrag legte er den Kollegen, welche der Organisation noch fern stehen, an's Herz, sich Alle der Organisation anzuschließen. In der Diskussion bemerkte Kollege Köhler, daß wir uns nicht nur gewerkschaftlich, sondern auch politisch organisieren sollten. Bei „Anschluß an den Deutschen Metallarbeiter-Verband“ entspann sich eine Debatte über den Anschluß der Verwaltungsstelle Cöpenick an die Verwaltungsstelle Berlin. Kollege Sitkin sprach sich aber dahin aus, daß es doch wohl zweckmäßiger wäre, die Verwaltungsstelle in Cöpenick aufrecht zu erhalten. Da in dieser Angelegenheit kein Beschluß gefaßt werden konnte, wird dieser Punkt zur nächsten Mitgliederversammlung zur Diskussion gestellt.

Eberswalde. Am 19. Juni fand hier eine öffentliche Versammlung aller in der Metallbranche beschäftigten Arbeiter statt, die wider Erwarten stark besucht war. Auch eine beträchtliche Anzahl der Hirsch-Dumder'schen Gewerksvereiner hatten sich mit zweien ihrer Berliner Führer eingekunden. Die Herren bemühten sich denn auch, zwar erfolglos, um die Leitung der Versammlung, die durch Abstimmung einer unserer Kollegen erhielt, der jedoch auch den Gegnern volle Mitherrschaft zusicherte mit der Einschränkung, daß nach 11 Uhr nur noch Kollege Köhler das Schlusswort erhalten sollte, weil wir damit zu rechnen hatten, daß uns die Polizeibehörde unter die Polizeistunde stelle und um 11 Uhr die Versammlung auflösen würde. Nachdem sich die Gemüther hiermit beruhigt hatten, entwickelte Köhler zur Tagesordnung: „Die Bedeutungslosigkeit der Hirsch-Dumder'schen Gewerksvereine, dargehen an den Lohn- und Arbeitsverhältnissen der Eberswalder Metallarbeiter“ in 15minütiger Rede zuerst die Gegensätze zwischen unserer und der Gewerksvereinsorganisation, um dann darzulegen, daß trotz der verhältnismäßig starken Hirsch'schen Organisation am Orte unbedeutendste sehr verbesserungsfähige Lohn- und Arbeitsbedingungen für die Metallarbeiter herrschen. Insbesondere besprach der Referent die Gießereien von Hütte u. Göde, von Friedberg, die „Weltberühmte“ Hufnagelfabrik von Möller u. Schreiber und die königl. Eisenbahn-Hauptwerkstätte. Außerdem er Eingangs seines Vortrages betonte, wie schwer es für uns, die wir am Orte nur in geringer Anzahl vertreten sind, ist, das nötige Material herbeizuschaffen, und hat, etwaige Unrichtigkeiten aus der Versammlung heraus zu berichtigen, so konnte der nachfolgende Redner, Herr Glabon-Berlin, etwas Sachliches nicht vorbringen; er wagte sich darauf beschränken, was vorzuwerfen, wir gingen auf den Massenfang aus, indem wir die Thesen auf die Massenmeinung zuschnitten. Es sei ein Unbiling, von außen her den thatsächlich vorhandenen Uebelständen abzuhelfen zu wollen, das müsse von den Arbeitern der einzelnen Betriebe selbst geschehen. Nun sind gerade auf der Eisenbahnwerkstätte die Hirsch'sche stark vertreten, sogar im sogenannten Arbeiterausgänger, und doch ist daselbst wie der Versuch gemacht worden, etwas von innen heraus zu bessern, im Gegentheil, es ist ihrerseits sogar ein von der Mehrzahl jener Arbeiter durch Petition geäußertes Wunsch, die Arbeitszeit im Winter sowie im Sommer von 6-5 1/2 Uhr zu belassen, hinterzuziehen worden. Leider wurde die Versammlung aufgelöst, ehe Kollege Köhler antworten konnte; auch Geschrei und Unruhe der Gewerksvereiner jählte sich der Besamie hierzu veranlaßt, obgleich es seiner Mitwirkung zur Aufrechterhaltung der Ordnung durchaus nicht bedurft hätte.

Lehr. Berichtigung zu den Ausführungen von Genosse Palasche auf der Konferenz in Bremen. Es ausfichtlos, wie es in dem Bericht in Nr. 25 dieser Zeitung von der Konferenz zu Bremen betrefend der Organisation in Bremerhaven heißt, ist die Schilge doch nicht. Es arbeiten an den drei Orten Greifswalde, Bremerhaven und Seebe keine 7000-8000 Metallarbeiter, sondern mit Hilfsarbeitern und Alen, was zur Branche herangezogen werden kann, im Höchstfalle 3000 Personen. Davon sind zu 200 im Metallarbeiterverband organisiert, wenigstens 300 Metallarbeiter in verschiedenen Organisationen, z. B. Vereinigung der Schmiede, Formner-Verband, Kaiserliche-Verband, Eisenarbeiter-Verband, so daß man sicherlich nicht zu hoch greift, wenn man 500 von 3000 als organisiert bezeichnet. Mitien sind zuna 15 Prozent organisiert. Damit haben wir um nichts besser, aber auch um nichts schlechter im Durchschnitt da, wie in allen anderen deutschen Industriezweigen. A. Dablig.

München. Ich fühle mich veranlaßt, auf die „Berichtigung“ des Kollegen Zwiell (Nr. 27, Seite 6) folgende Erklärung an dieser Stelle zu geben: Ich war als Schriftführer von der Verwaltung beauftragt, sowie von Kollege Weiß erucht worden, die in Nr. 24 enthaltene Rechtfertigung in der „D. M.-Z.“ zu veröffentlichen. Ich halte das darin Enthaltene vollständig aufrecht; Weiß und Zwiell sind mir persönlich befreundet, ich habe keine Veranlassung, einen der Beiden zu helfen oder zu drücken und habe daher diese Rechtfertigung in sachlicher, der Wahrheit entsprechender Weise geschrieben. Kollege Z. hat in der öffentlichen Versammlung im „Franziskaner-Keller“ vom Tisch aus gegen Kollegen W. den erwähnten Vorwurf der Unterfchlagung erhoben und in einer darauffolgenden Mitgliederversammlung zurückgenommen, wo er auch etwas gemäßigter war. Die betreffende Jahresabrechnung wurde Kollegen Z. vorgelesen und es wäre ihm gewiß nicht verweigert worden, selbst Einsicht zu nehmen, er hat aber statt dessen das Versammlungslokal verlassen. Ob es nicht notwendig ist, eine Auserkung zurückzunehmen, welche auf Unterfchlagung von 180 M lautet, während W. ein Konto von 50 M hatte, das überlasse ich Jedem selbst, der dies zu unterscheiden weiß.

Anton Weiskopf.

Nürnberg. Agitationsbericht. Im Auftrage der nordbayerischen Agitationskommission des Metallarbeiter-Verbandes unternahm ich am 26., 27. und 28. Juni eine Agitationsreise nach Schwarzenbach a. d. Saale, Kulmbach und Bayreuth. In ersterem Orte steht unsere Verwaltungsstelle sehr gut. Die eifrige Thätigkeit der Kollegen hat es dahin gebracht, daß nur einzelne Metallarbeiter dem Verbands noch fern stehen. Die Versammlung nahm einen guten Verlauf und fehlten bei derselben nur drei Verbandsmitarbeiter, welche wegen hohen Alters den Weg von ihrem Wohnorte Martinlamitz nach Schwarzenbach nicht mehr machen konnten. In Kulmbach dürften sich unsere Kollegen die Schwarzenbacher Kollegen zum Vorbild nehmen. Ein Saal ist zu Versammlungen nicht zu haben, weshalb die Versammlung an einem Berg in einer Landgemeinde einberufen war. Der Ortsbürgermeister und der Bezirksamtsassessor hatten Lust, die Versammlung von vornherein zu verbieten, da es eine politische sei und diese nur nach Erfüllung der Bestimmungen unseres reaktionären Vereinsgesetzes unter freiem Himmel tagen dürfe. Nach einigen Auseinandersetzungen wurde aber nichts weiter gegen die Abhaltung eingewendet. Die „Bergpredigt“ fand allgemeinen Anklang und war dieselbe besonders in Kulmbach von Nutzen. Die Bayreuther Versammlung verlief ebenfalls bei gutem Besuch sehr zufriedenstellend. Mögen die Kollegen in genannten Orten nunmehr eine nachhaltige Agitation von Mund zu Mund entfalten.

Carl Breder.

Stuttgart. Zum Streit bei Wehgan dt u. Klein ist folgendes nachzutragen: Die Firma gewährte ihren Arbeitern einige Wochen vor Ausbruch des Streiks — 4. Juni Mittags — in Folge der von der Lohnkommission der Firma angeordneten Forderungen und insbesondere auf Vorschlagwerden einiger älterer Arbeiter eine 1 1/2stündige Mittagspause und 10stündige Arbeitszeit (Bespere während des Betriebes). Der Prokurist, Herr Martin, zugleich stiller Geschäftsteilhaber und außerdem Schwagerjohn des Herrn Klein war zu dieser Zeit auf der Hochzeitsreise. Als er nach seiner Rückkunft von diesem ganz geringfügigen Zugeständnis erfahren hatte, geriet er demnach in Wut, daß er ohne Weiteres den Anschlag in der Fabrik abriß und bedeutete, daß im Geschäft die frühere Arbeitszeit wieder eingeführt sei. Ein Eisenbreher, der daneben stand und die Sache mit ansah, wurde sodann vom Geschäftsführer sofort entlassen, weil er sich mit dem „ehabren des Herrn Martin nicht zufrieden gab, sondern Widerspruch erhob, da der Erlaß doch mit dem Fabrikstempel versehen war. Leicht begreiflich tiefen diese Handlungen der Geschäftsleitung unter den Arbeitern böses Blut hervor. Verhandlungen eines schlichtmüßig gewählten Fabrikassessors mit der Firma über Belassung der bestehenden Arbeitszeit blieben resultatlos und so kam es, daß der inzwischen um Rath befragte Verbandsvorstand den Arbeitern empfahl, als Gegenmaßregel die am 26. April in einer öffentlichen Versammlung aufgestellten Forderungen der Firma zu unterbreiten und bei Nichtbewilligung die Arbeit niederzulegen. Die Firma wies, wie zu erwarten war, dies zurück und so legten, da im Geschäft keine Kündigung bestand, sofort 29 Arbeiter die Arbeit nieder. Der Einzige, der stehen blieb, folgte nach Anfluß von 14 1/2 Tagen, nachdem sein angefangener Afford fertig gestellt war, diesem Beispiel. Dies die Entstehung des Streiks. — Der Streik dauert unverändert fort (trotzdem die Firma schon wesentliche Zugeständnisse gemacht hat), weil dieselbe nur noch so viel Arbeiter einstellen will, als leere Plätze vorhanden sind. Von den ca. 40 Angeworbenen sind nur noch 8 vorhanden, allein es läßt sich nicht erwarten, daß diese freiwillig Platz machen, und so würden also immerhin etwa 10 der Streikenden nicht wieder eingestellt. Da der Fabrikantenverein jänntliche Streikenden nachweislich auf die schwarze Liste gesetzt hat, so ist die Situation noch schwieriger geworden. Eine Hauptursache ist also, daß der Zugang von Arbeitskräften nach hier ferngehalten wird.

Schlosser u. Maschinenbauer.

Horbheim. Zugang von Schlossern ist fernzuhalten. **Hamburg.** Mitgliederversammlung der Sektion der Schlosser am 15. Juni. Zunächst wurde vom Vorsitzenden auf die Maßregelung von 6000 dänischen Metallarbeitern hingewiesen und ersucht, den Zugang streng fernzuhalten und die Angehörigen auch jünanzuell zu unterstützen. Der angeordnete Vortrag wurde, da die Versammlung nur schwach besucht war, vertagt. Nachdem Metzner Bericht vom Kartell erstattet, beschäftigte sich die Versammlung hauptsächlich mit der Frage: „Wie treiben wir am besten die zur Deckung der Schulden vom Hafenarbeiterstreik nötigen Gelder ein?“ Hierzu wurde mitgeteilt, daß unsere Sektion 1400 M zu bezahlen habe, daß jedoch die Kollegen in der Abnahme der hierzu herausgegebenen Marken sehr langsam seien und wir deshalb eine entsprechende Summe bis jetzt noch nicht abbezahlt konnten. Weinheber teilte mit, daß sich die Ortsverwaltung eingehend mit dieser Angelegenheit beschäftigt habe und im Verein mit der Zeitungskommission beantragt gewesen sei, festzustellen, wie viele unserer Mitglieder bis jetzt bezahlt hätten und was dieselben geleistet; das Resultat der diesbezüglichen Aufstellung sei ein überaus trauriges ge-

wesen, indem kaum die Hälfte der Mitglieder im Besitze einer Karte waren und auch hiervon die wenigsten über die Hälfte der zu entrichtenden Summe bezahlt hätten. Kollege Naumann geht noch des Näheren auf die vorliegende Statistik ein, er wünscht, daß die Kollegen ihren diesbezüglichen Verpflichtungen besser nachkommen. Nach weiterer Debatte wurde beschlossen, daß diejenigen Mitglieder, welche bis jetzt die Marken von anderen Organisationen entnommen, dieselben jetzt von unserer Sektion zu beziehen haben; ferner wurde die Zeitungskommission beauftragt, strenge Kontrolle dahin auszuüben, daß jedes Mitglied seinen Verpflichtungen auch in dieser Beziehung nachkommt. Mitglieder, welche sich weigern, die hierzu herausgegebenen Marken zu entnehmen, sollen in der Mitgliederversammlung bekannt gegeben werden. Hierauf wurde Gräbe als Kartelldelegierter gewählt und das Festkomitee zu unserem am 18. Juli stattfindenden Sommervergnügen durch 13 Kollegen ergänzt. — Die Kollegen werden nun hierdurch aufgefordert, die zur Deckung der Schulden vom Hafenarbeiterstreik herausgegebenen Marken regelmäßig zu entnehmen. Dieselben sind zum Preise von 30 S, 50 S und 1 M beim Kassierer, bei den Zeitungskolporteurs und täglich Abends beim Reisegelbauzahler im Verkehrslokal zu haben. Jedes Mitglied ist verpflichtet, 7 M zu bezahlen.

Feilenhauer.

Potschappel b. Dresden. Die Feilenhauer, Schleifer und Maschinenhauer der Firma B. Mehlhose fühlten sich gezwungen in den Ausstand zu treten. Die Veranlassung dazu gab die Einführung der Akkordarbeit und Abschaffung der Lohnarbeit. Es wurde den Hand- und Maschinenbauern ein Stundenlohn von 25-36 M bezahlt. Bei dem jetzigen Akkord (reduzierter Chemnitzer Akkordtarif) ist es den meisten Kollegen nicht möglich, auf ihren Stundenlohn zu kommen, welcher doch sehr gering zu nennen ist, denn die Maschinenhauer die schönsten und stärksten Feilen weg, den Handhauern bleibt die schlechtlöhndste Arbeit übrig. Folgende Forderungen haben wir der Firma gestellt: 1) Gänzliche Abschaffung der Akkordarbeit und Wiedereinführung des Stundenlohnes in folgender Höhe (abgegeben von den Schleifern, welche wohl nirgends in Lohn arbeiten): 40 S pro Stunde für Grobshauer, 35 S pro Stunde für Mittelhauer, und für Kleinhauer einen Minimallohn von 30 S pro Stunde. Die Schleifer haben einen Zuschlag von 10 Prozent verlangt, sie bekamen für den Zentner 2,25 M blank, 50 Stück Stückfeilen à 2 1/2 S. Diese Forderung ist uns nun rundweg abgelehnt worden. Die Firma B. Mehlhose hat schon Feilen nach folgenden Orten zum Aufhauen geschickt: Radevormwald bei Remscheid, Bauen, Freiberg und Olbernhau in Sachsen. Wir ersuchen nun die Kollegen, uns in unserem gerechten Kampf zu unterstützen, indem sie sich entschieden betheiligen, die Feilen zu hauen, und den Zugang nach hier streng fern halten. Alle Sendungen an M. Schubert, Niederpfefferwitz bei Potschappel Nr. 3.

An die Metallarbeiter Nordwestdeutschlands.

Den Verwaltungsstellen zur Nachricht, daß sich das Bezirkskomitee konstituiert hat. Es besteht aus folgenden Kollegen: L. Bloß, Obmann; G. Veer, Ed. Sauerkamp, L. Bartholomy und G. Sauer. Alle Sendungen sind an Unterzeichneten zu richten.

Des Weiteren werden die Kollegen ersucht, überall eine Statistik über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse vorzunehmen. Das Material sichtet die Ortsverwaltung und sendet es dann an uns ein.

Mit kollegialem Gruß
L. Bloß, Bremen, Heimathstr. 55.

Technisches.

Bericht eines großen Schleifsteins. Die Nr. 4 des „Deutscher Maschinen- und Heizer“ registriert unter obiger Stichmarke kurz die traurige Thatsache, daß bei einem Versuch in der kgl. Artilleriewerkstatt zu Spandau, den Kräfteverbrauch eines großen Schleifsteins von 1900 Millimeter Durchmesser und 300 Millimeter Breite zu messen, ein großer Unglücksfall vorkam. Leider ist aus der Notiz nicht ersichtlich, ob die Verwaltung der kgl. Militärowerkstatt überhaupt Schleifsteinsicherungen angebracht hatte, resp. was für Schleifsteinsicherungen bei diesen Versuchen vorhanden waren. Der Verfasser der betr. Notiz erwähnt, daß der Schleifstein allerdings 5 Touren über seine normale Zahl der Umdrehungen machte, fügt aber entschuldigend hinzu, daß „der geborstene Stein erst 14 Tage in Betrieb und vor Ingebrauchnahme mit einer um mehr als ein Drittel höheren Tourenzahl geprüft worden war“.

Es wird daher für die Leser der „D. Metallarb.-Ztg.“ interessant sein, wenn ich die Gelegenheit wahrnehme, auf die Untersuchungen hinzuweisen, die der Ingenieur Pfaff in Chemnitz, der Beauftragte der Sächsisch-Thüringischen Eisen- und Stahlberufsgenossenschaft, vorgenommen hat, um die Ursache des Springens großer Schleifsteine festzustellen. Das Ergebnis dieser Untersuchungen, verbunden mit einer Kritik der in dem betreffenden Luftschleifstein vorgefundenen Schuttbvorrichtungen, gelangte in der „Zeitschrift der Zentralstelle für Arbeiterwohlfahrts-Einrichtungen“ zur Veröffentlichung.

Als Ursache des Springens massiver Schmirgelscheiben kann erstlich gelten, daß die Scheiben noch zu frisch, d. h. noch nicht genügend erhärtet sind. Es kommen auch eigentliche Materialfehler vor, die zur Zerstörung führen; dieselben können bei Schmirgelscheiben bestehen in nicht genügender Richtigkeit des Korandes mit dem Bindemittel, oder auch im Vorhandensein sogenannter Klüfte oder Rester. Der Bruch tritt dann erst nach längerem Gebrauche ein. Eine andere Ursache ergibt sich ferner aus einseitiger Abnutzung oder auch aus nicht sorgfältiger Herstellung, so daß die Scheibe exzentrisch oder unruhd wurde; entweder bricht sie bei großer Geschwindigkeit in Folge der ungleichen Massenverteilung um die Achse, wodurch Stöße entstehen oder aber dadurch, daß das Arbeitsstück zwischen Scheibenoberfläche und Auflage geklemmt wird. Aber auch bei sonst normal beschaffenen Scheiben kann ein Plaken derselben lediglich durch zu große Umdrehungszahl hervorgerufen werden. Da das Uebersehungsverhältnis vom Motor zum Schleifstein in der Regel ein sehr hohes ist — beiläufig 1 zu 20 — so genügt schon eine an sich nur wenig beschleunigte Bewegung des Antriebes,

um die zulässige Grenze zu überschreiten. Ein sicher wirkender Reguliermechanismus am Motor, um das Durchgehen desselben zu verhindern, erscheint daher geboten. Andererseits kann ein Bruch der Scheibe durch zu starkes Aufdrücken des Arbeitsstückes erfolgen, wenn solches nicht mit der Hand, sondern mit Hilfe eines durch Schrauben bewegten Supports geschieht, wie dies bei Maschinen zum Schärfen von Spiralbohrern, Reibahlen, Fräsern u. d. Fall ist. Eine Veranlassung zum Springen kann auch dadurch gegeben sein, daß die Scheibe zu fest zwischen die Flanschen gepreßt wurde, die sie auf ihrer Achse halten sollen. Es bilden sich dabei feine Risse von der Mitte aus, zum Bruch kommt es jedoch öfter erst dann, wenn der Stein so weit abgenutzt ist, daß die Risse den Kreisumfang erreichen. Es sollte nicht veräußert werden, die Flanschen vor dem Anziehen der Mutter mit einem elastischen Stoffe — Gummi, Pappe, Holz u. — zu unterlegen, um den Druck zu mäßigen. — Zu den Gefährlichkeiten beim Schleifsteinbetrieb zählen auch die Fälle, daß durch eine Unebenheit der Peripherie, indem ein Stück ausgebrochen ist, das Arbeitsstück gefaßt und gegen den davorstehenden Schleifer geworfen wird.

Als Sicherheitsmaßregel gegen die Gefährlichkeit des Schleifsteinbetriebes kann eine probeweise Ueberreibung der Umlaufgeschwindigkeit, etwa bis zur 6- oder 7fachen der normalen, als maßgebend nicht betrachtet werden. Auch von den häufig angetroffenen Schutzhauben, die nur ein kleines Segment des Schleifrades für die Bearbeitung freilassen, gewahren viele die gedachte Sicherheit nicht. Gubeiserne Hauben, wie man sie häufig antrifft, können sogar die Gefahr noch dadurch vergrößern, daß sie, sofern größere Umdrehungsgeschwindigkeit angewendet würde, beim Plagen des Steines durchgeschlagen werden und nun mit ihrem eigenen Material die Zahl der Bruchstücke vermehren. Wirkamer haben sich in dieser Hinsicht Schutzverkleidungen aus Wellblech (von Mayer & Schmidt in Offenbach) erwiesen, da sie genügend Elastizität besitzen, um den Sprengstößen zu widerstehen. Auch gestattet die Biegsamkeit des Wellbleches bequemes Nachstellen nach Maßgabe der Abnutzung der Scheibe, möglichst nahe am Umfang derselben. Die genannten Konstrukteure haben ihrer Schutzhaube noch die Einrichtung gegeben, daß sie sich konzentrisch verstellen läßt, so daß ein beliebiger Theil des Scheibenumfanges bloßgelegt werden kann. Eine Schutzvorrichtung von ähnlicher Wirkungsweise wurde auch durch die „Kapos-Union“ in Frankfurt a. M. eingeführt.

In einigen namhaften Fabriken der sächsischen Lausitz traf Ingenieur Pfaff die einfache und sehr wirksame Einrichtung an, daß ein schmiedeeiserner schmaler Ring auf den Umfang der Schleifscheibe warm aufgezogen war. Die gesammte Arbeitsfläche wird dadurch wohl etwas verkleinert, jedoch bleiben noch genügend Flächen zu beiden Seiten des Ringes für die Benutzung offen. Wo jedoch die Anbringung des Schutzinges durchaus nicht angeht, wie beim Schleifen mannigfach geformter, gekrümmter Arbeitsstücke, empfiehlt sich eine durch die Firma Fontaine & Co. in Bockenheim hergestellte Befestigungsweise der Schmirgelräder, die gleichfalls hohe Betriebssicherheit gewährt. Bei dieser Konstruktionsweise verjüngen sich die Schleifscheiben von der Mitte nach der Peripherie zu ziemlich stark, und sie werden nun zur Befestigung auf der Achse von den Seiten durch zwei große hinterdrehte schmiedeeiserne Flanschen (Kosetten) nach Dazwischenschieben eines elastischen Materials gefaßt. Wird durch diese Verstärkung schon einerseits der Stein gegen Bruch außerordentlich geschützt, so ist es andererseits durch die Anordnung der hinterdrehten Kosetten unmöglich geworden, daß bei etwaigem Verspannen große Stücke des Steines davonliegen. Ist der Stein stark abgenutzt, so sind Kosetten von geringerem Durchmesser aufzusetzen, um eine größere Arbeitsfläche frei zu bekommen. Die Anordnung ist wohl das Vollkommenste einer Schleifsteinicherung, als kleiner Nachtheil ist allein geltend zu machen, daß die Arbeitsfläche der Scheibe im Verhältnis zu ihrem ganzen Maße wegen der konischen Verjüngung eine geringe ist.

Sogenannte Großschleifsteine (von 1,2 Meter Durchmesser ab), bei welchen gewöhnliche Schutzhauben als unwirksam sich erweisen würden, werden häufig und zweckmäßig ähnlich wie bei der zuvor beschriebenen Anordnung befestigt, indem sie von beiden Seiten mit starken gußeisernen Kosetten gefaßt werden, die mit einem breiten Rande in den Stein eingelassen und mit Blei hintergossen sind. Es wurde noch nicht beobachtet, daß ein derartig montirter Großschleifstein im Betrieb zerbrüchelt ist. Bei schnell rotirenden Steinen dürfte es sich allerdings empfehlen, die Fontaine'sche Montierung anzuwenden.

Schließlich sind noch einige Winke namhaft zu machen, die für die Betriebssicherheit der Schleifsteine von Belang sind. Es ist zu vermeiden, die Steine auf der Achse mit Holzpflocken aufzustecken, weil das Holz durch Wasser stark quillt und den Stein zu zerbrechen vermag. Für Großschleifsteine kann es verhängnißvoll werden, wenn sie außer Betrieb theilweise unter Wasser tauchen; indem sich die betreffende Partie des Steines bei längerem Stillstand vollsaugt, wird die Scheibe einseitig belastet und es entstehen dann bei starker Umdrehung Stöße, durch die das Bersten der Steine hervorgerufen werden kann. Es braucht kaum besonders erwähnt zu werden, daß auch durch Gefrieren der mit Wasser getränkte Stein der Zerstörung anheimfällt.

Es darf wohl nach diesen Ausführungen mit Recht die Behauptung aufgestellt werden, daß bei Vorhandensein der nöthigen Sicherheitsvorrichtungen auch dieser Unglücksfall in der Artilleriewerkstatt in Spandau nicht möglich gewesen wäre. Für den Arbeiter erwächst mehr und mehr die Pflicht, sich im Interesse seiner Gesundheit eine möglichst umfassende Kenntniß der für die verschiedenen Maschinen u. vorhandenen mannigfachen Schutz- und Sicherheitsvorrichtungen anzueignen. Er hat nicht nur das Recht, sondern auch die Pflicht, bei all den Arbeiten, bei welchen er sein Leben zu Markte trägt, zu verlangen, daß für seine Sicherheit in jeder Beziehung Sorge getragen wird. Kann er auf mangelnde Sicherheitsvorrichtungen den verantwortlichen Betriebsleiter aufmerksam machen, so wird sich dieser in den seltensten Fällen weigern, die entsprechenden Schutzvorrichtungen anbringen zu lassen. Er hat damit zu rechnen, daß bei Unglücksfällen, wo man ihm eine fahrlässige Unterlassung bezüglich der Anbringung von Sicherheits- und Schutzvorrichtungen nachweisen kann, der Staatsanwalt für ihn als verantwortlichen Betriebsleiter eine ziemlich hohe Gefängnisstrafe beantragen würde.

Gerichts-Zeitung.

Chemnitz. Am 24. Juni verhandelte die 2. Strafkammer des hiesigen Landgerichts gegen die Genossen Karl Gödt, Karl Niemann und Robert Krause, die sich in Mithäterchaft der Beleidigung im Sinne von § 186 schuldig gemacht haben sollten. Die Beleidigung wird gefunden in einem Flugblatt, das am 31. Januar d. J. an die Chemnitzer Metallarbeiter zur Vertheilung gelangte und sich eingehend mit der auffälligen Entlassung zweier Metallarbeiter und mit der Handlungsweise des Geschäftsführers der Arbeitsschutzstelle des Chemnitzer Bezirksverbandes deutscher Metallindustrieller, Adler, beschäftigte. Das Flugblatt war in großer Auflage in der Druckerei der „Volksstimme“ in Burgstädt hergestellt worden und auch gegen den Drucker Emil Vandgraf war das Verfahren eingeleitet worden. Vandgraf hatte bestritten, vor Drucklegung bezw. vor dem Versandt von dem Inhalt des Flugblattes Kenntniß genommen zu haben. Es sind dann weiter in dieser Angelegenheit vernommen worden: der Redakteur Frölich, der Expeditionsgehilfe Engelmann, der Faktor Reimer und schließlich sogar die Frau des Druckers, um festzustellen, ob die Drucklegung thatsächlich ohne Kenntniß Vandgraf's erfolgt sei. Hierauf war das Verfahren gegen den Drucker Vandgraf eingestellt worden. In der Hauptverhandlung sah nach einer umfangreichen Beweisaufnahme, während welcher der Angeklagte Gödt mit Bestimmtheit dabei verblieb, daß Adler ihm gegenüber die fraglichen Aeußerungen gethan habe, der Gerichtshof für erwiesen an, daß alle drei Angeklagte sich der Beleidigung schuldig gemacht haben und verurtheilte den Angeklagten Gödt zu einem Monat, die Angeklagten Niemann und Krause zu je zwei Monaten Gefängniß, sprach auch dem Beleidigten die Publikationsbefugniß zu.

Vermischtes.

Die Novelle zum preussischen Vereinsgesetz, wie sie bereits gestaltet worden war, ist am 22. Juni von dem preussischen Abgeordnetenhaus zum zweiten Male angenommen worden und ging dann an das Herrenhaus. Von dieser erlauchten Körperschaft ist die Vorlage nach kurzer Berathung an eine Kommission verwiesen worden, und letztere hat nun die Vorlage des Abgeordnetenhauses zu einem allerliebsten kleinen Sozialistengesetz umgestaltet. Das Opus nimmt sich folgendermaßen aus:

Artikel I. Versammlungen, in welchen anarchische oder sozialdemokratische, auf den Umsturz der bestehenden Staats- oder Gesellschaftsordnung gerichtete Bestrebungen in einer die öffentliche Sicherheit, insbesondere die Sicherheit des Staates gefährdenden Weise zu Tage treten, können von den Abgeordneten der Polizeibehörde (§ 4 der Verordnung vom 11. März 1850 Gesetz-Samm. S. 277) aufgelöst werden.

Artikel II. An Versammlungen, in denen politische Angelegenheiten erörtert oder berathen werden sollen, dürfen Minderjährige nicht Theil nehmen.

Artikel III. Vereine, in welchen anarchische oder sozialdemokratische, auf den Umsturz der bestehenden Staats- oder Gesellschaftsordnung gerichtete Bestrebungen in einer die öffentliche Sicherheit, insbesondere die Sicherheit des Staates gefährdenden Weise zu Tage treten, können von der Landespolizeibehörde geschloffen werden.

Daselbe gilt von Vereinen, welche die Besetzung eines Theiles des Staatsgebietes vom Ganzen erstreben oder vorbereiten.

Artikel IV. Vereine, welche bezwecken, politische Gegenstände in Versammlungen zu erörtern (§ 8 der Verordnung vom 11. März 1850), dürfen Minderjährige nicht als Mitglieder aufnehmen.

An den von solchen Vereinen veranstalteten Versammlungen und Sitzungen, in denen politische Angelegenheiten erörtert oder berathen werden sollen, dürfen Minderjährige nicht Theil nehmen. Anderen Versammlungen und Sitzungen dürfen Minderjährige, sowie weibliche Personen beizuwohnen.

Die Verbindung von Vereinen untereinander ist mit der Maßgabe zulässig, daß politische Vereine (Absatz 1) nicht ohne Erlaubniß des Ministers des Innern mit außerdeutschen Vereinen in Verbindung treten dürfen.

Die Bestimmungen in § 8 der Verordnung vom 11. März 1850, soweit sie Schüler und Lehrlinge betreffen, werden aufgehoben.

Artikel V. Im Falle der Auflösung einer Versammlung auf Grund des Artikels I finden die §§ 6 und 15 der Verordnung vom 11. März 1850 Anwendung.

Wer als Vorstandsmitglied oder Beamter eines auf Grund des Artikels III geschlossenen Vereins thätig ist oder Versammlungen eines solchen Vereins veranstaltet, dazu öffentlich einladet oder Räumlichkeiten hergibt, oder sich daran als Vorsteher, Ordner, Leiter oder Redner betheiligt, hat die Strafe des § 14 der Verordnung vom 11. März 1850 verurteilt. Die gleiche Strafe trifft denjenigen, welcher in sonstiger Weise der ferneren Thätigkeit eines geschlossenen Vereins Vorschub leistet. Wer sich bei einem geschlossenen Vereine als Mitglied ferner betheiligt, unterliegt der Strafe des § 16 Absatz 2 a. a. D.

Bei Zuwiderhandlungen gegen Artikel IV Absatz 1 u. 3 finden der § 8 Absatz 2 und der § 16 der Verordnung vom 11. März 1850 Anwendung.

Minderjährige, welche an einer politischen Versammlung (Artikel II) oder an Versammlungen oder Sitzungen politischer Vereine (Artikel IV) Theil nehmen oder sich der Vorschreibung des Artikels IV Absatz 1 zuwider als Mitglieder aufnehmen lassen, unterliegen der Strafe des § 16 Absatz 3 a. a. D.

Vor Beginn der Verhandlung in politischen Versammlungen (Artikel II) und in Versammlungen politischer Vereine (Artikel IV) hat der Vorsitzende die Aufforderung zu erlassen, daß Minderjährige sich entfernen.

Unterläßt oder verweigert der Vorsitzende die Erlässung der Aufforderung, so treffen ihn die Strafen des § 14 der Verordnung vom 11. März 1850.

Wie sich das Abgeordnetenhaus zu der Vorlage des Herrenhauses stellen wird, muß abgewartet werden. Jedenfalls ist es nothwendig, daß die im Gange befindliche Freirechtbewegung energisch fortgesetzt wird.

Dr. Böttcher, der Präsident des Reichsversicherungsamtes, hat sein Entlassungsgesuch eingereicht und genehmigt erhalten. Er verläßt sein Amt dekretirt mit dem Wilhelmsorden, der solchen Persönlichkeiten verliehen zu werden pflegt, die sich auf sozialpolitischen Gebiete hervorgethan haben. Der Orden — bemerkt dazu der „Vorwärts“ — täuscht jedoch nicht hinweg über die Thatsache, daß Dr. Böttcher gegangen ist, weil seine Stellung unhaltbar geworden war. Seine Stellung war aber unhaltbar geworden, weil er die Aufgabe seines Amtes mit einem Ernst behandelte, welcher dem Widerwillen des neueren Kurzes gegen soziale Reformen verhasst wurde. Dr. Böttcher hat, soweit es innerhalb der Dürftigkeit unserer Versicherungsgegebung möglich war, einen wohlthuernden sozialpolitischen Einfluß ausgeübt. Er hat das Reichsversicherungsamt mit vorurtheilsfreiem Geiste geleitet und zu einem Justitut entwickelt, das wohl allein unter allen sozialpolitischen Einrichtungen des Reiches auch das Vertrauen der Arbeiterschaft sich zu gewinnen versucht und verstanden hat. Hierin liegt aber auch der letzte Grund für sein Scheiden. Sein Verständniß für die Lage des Arbeiters ließ ihn die Rechtsprechung des Reichsversicherungsamtes so beeinflussen und die Ausgestaltung des Versicherungswesens in solcher Weise befürworten, daß ihm von gewissen Unternehmer- und Regierungskreisen allerlei Schwierigkeiten in den Weg gelegt wurden, so daß ihm schließlich sein Amt eine Bürde wurde und er sich von dem Werke, an dessen Ausgestaltung er den hervorragendsten Antheil hatte, zu trennen genöthigt fühlte. Nicht als ob Dr. Böttcher ein sozialpolitischer Neuerer und Stürmer gewesen wäre. Aber für unsere Tage, für den Kurs Miquel-Tripitz sind selbst solche mäßige Sozialpolitiker nicht zu ertragen!

Katholische Arbeiterorganisationen. Nach einer Publikation der Verbandsleitung umfaßt der Verband katholischer Arbeitervereine Süddeutschlands (Bayern, Württemberg, Baden, Reichslande und Diözese Limburg) im Jahre 1896 181 Vereine (1895: 92) mit 38,930 (1895: 25,450) Mitgliedern, darunter 4123 außerordentliche. Außerhalb des Verbandes stehen in Bayern, hauptsächlich in der Rheinpfalz, 31 Vereine mit 4000 Mitgliedern. In Württemberg und Baden sind sämtliche Vereine beim Verband. Von den reichslandischen Vereinen ist nur Straßburg beim Verband; 22 Vereine mit 5000 Mitgliedern stehen außerhalb desselben. Die hessischen Arbeitervereine (58 Vereine mit 9500 Mitgliedern) bilden einen Verband für sich. In Norddeutschland bestehen rund 500 Vereine mit 100,000 Mitgliedern, so daß die Gesamtzahl der katholischen Arbeitervereine in ganz Deutschland ca. 800 Vereine mit ungefähr 153,000 ordentlichen Mitgliedern beträgt. Im süddeutschen Verband sind Sterbefällen in 67, Krankenfällen in 62 Vereinen, die Mitglieder Guthaben in den Sparkassen der verschiedenen Vereine betragen bei 2000 Einlegern 214,134 M. In einzelnen Vereinen bestehen Darlehenskassen, Miethzinskassen, Konsumvereine, Arbeitsnachweise, Kassen für Arbeitslose, Volksbüros. In den meisten Vereinen wurde das Hauptgewicht auf die Pflege religiöser Gesinnung und Fortträge gelegt. Auf gewerkschaftlichem Gebiete sind die meisten Vereine über schwache Versuche nicht hinausgekommen. Es ist dies auch ganz natürlich bei Leuten, die von ihren pfälzischen Anführern auf das Jenenits vertrieben werden.

Aus England schreibt man dem „Vorwärts“: Die Bewegung der Londoner Maschinenbau-Arbeiter für den Achtstundentag soll jetzt aus dem Stadium friedlicher Verhandlung in das des gewerkschaftlichen Kampfes treten. Rund 130 größere und kleinere Firmen mit zusammen 11,000 Arbeitern haben den Achtstundentag ohne Lohnreduktion bewilligt, so daß nur noch eine Minderheit von Firmen mit etwa 4000 Arbeitern ausstehen. Gegen diese will das Komitee der Arbeiter nun mit der schärferen Waffe vorgehen. In drei der größeren dieser Geschäfte haben Abstimmungen unter denjenigen Arbeitern stattgefunden, die den betreffenden Gewerkschaften angehören, und überall erdrückende Mehrheiten für den Streik ergeben. So stimmten von 1600 Arbeitern der bekannten Firma Thornycroft alle außer einem für den Streik. Obwohl es im Maschinenbau-gewerbe sonst nicht üblich ist, werden die Arbeiter durch Weisung des Achtstunden-Komitees eine Woche vor dem Ausstand ihre Kündigung einreichen.

Ueberhaupt wird die Bewegung mit ebenso viel Mäßigung in der Form, wie Ernst und Entschiedenheit in der Sache betrieben, das wahre Muster eines gewerblichen Kampfes, das freilich nur möglich ist, weil hinter den Arbeitern treffliche Organisationen mit gefüllten Kassen stehen. Die Seele der Bewegung, die jetzt auch auf die Provinzen übergreift, ist die Vereinigte Gewerkschaft der Maschinenbau-Arbeiter, die nach ihrer letzten Abrechnung (Ende Mai) 91,328 Mitglieder zählte und über 300,000 Pfund Sterling in ihrer Kasse hat.

Die der Achtstundenbewegung feindselig gegenüberstehenden Unternehmer drohen, falls die Arbeiter in den Ausstand treten, die Intervention des Verbandes der Unternehmer anzurufen, der den Ausstand nöthigenfalls mit einem allgemeinen Ausschluß beantworten werde. Aber die Arbeiter glauben nicht an den Ausschluß. Der Geschäftsgang ist ein so reger und die Interessen der Unternehmer so verschiedenartige, daß der Ausschluß besten- oder schlimmstenfalls — wie man es nimmt — immer nur einen Theil der Gewerkschaftsmitglieder treffen würde. So deutet Alles auf einen Erfolg der Arbeiter hin — ein Ereigniß, welches das Jubiläumsjahr auch für die Arbeiterfrage zu einem denkwürdigen machen würde. Denn es bedeutet den ersten großen Erfolg, der in der alten Welt für den Achtstundentag durch das Mittel der Organisation erkämpft wurde.

Der „Frankf. Ztg.“ wird telegraphirt: Die Achtstundenbewegung unter den Maschinenbauern in England scheint einen ernsteren Konflikt mit den Arbeitgebern zu veranlassen. Die Vereinigung der Maschinenbau-Unternehmer, die 47,000 Arbeiter beschäftigt, will beschließen, 25 Prozent Arbeiter zu entlassen, wenn die Arbeiter der drei Londoner Fabriken, welche den Achtstundentag fordern, in einen Streik eintreten.

Unter'm 3. Juli wird aus London gemeldet: Die zum Maschinenbau gehörigen organisierten Arbeiter haben gestern ein Manifest erlassen, in dem sie Folgendes ausführen: Die Zeit sei gekommen, wo der achtstündige Arbeitstag in ihren Gewerken in London und Grith (östlich von London, an der Themse) durchgesetzt werden könne.

158 Firmen hätten die Forderung schon bewilligt, ohne daß ein Lohnabzug eintreten sollte, andere Firmen hätten sie abgelehnt. Die Zeit sei günstig und es verstoße gegen alle Gewerksvereins-Traditionen, zurückzugehen oder zu pausieren. Die Firmen, die das Zugeständnis nicht gemacht hätten, bildeten eine Drohung für die Mehrheit der Genossen, die kürzere Zeit arbeiteten. Deshalb müsse den renitenten Firmen jetzt ein Ultimatum überreicht werden. Zuerst solle es den Firmen Thornycroft, Middleton u. Co. und Humphreys u. Tennant übergeben werden. Diese Firmen gehören zum Verband der Arbeitgeber. Ueber die Angelegenheit soll eine namentliche Abstimmung erfolgen. Der Verband der Maschinenfabrikanten beschloß gestern in Manchester, sofort ein Viertel aller ihrer dem Gewerke angehörigen Arbeiter zu entlassen, falls derselbe gegen eine Firma vorginge. Der Beschluß berührt Anstalten am Tyne, Wear, Lees, Hartlepool, Hull, am Elbe, Paisley, Belfast, Barrow, Manchester und District, Bolton und District, Liverpool, Birkenhead, Leeds, Halifax, Leicester, London und andere Distrikte.

Eine andere Meldung vom 3. Juli besagt: 4500 Maschinenbauer legten in London die Arbeit nieder; sie verlangen den Achtstundentag. Den übrigen, an Zahl 8000, betragenden Maschinenbauern ist ihre Forderung von ihren Arbeitgebern bewilligt worden. Der Arbeitgeber-Verband droht mit der Aussperrung der im Maschinenbau beschäftigten Arbeiter im ganzen Lande.

Kapitän Boycott, dessen Name die internationale Sprache um ein neues Wort bereichert hat, ist in England gestorben. Er war vor Jahren Verwalter bei einem englischen Grafen, der ausgedehnte Besitzungen in Irland hatte. Als solcher preßte er die kleinen Pächter und Arbeiter bis auf's Blut. Man half sich gegen ihn, indem man ihn behandelte, als wäre er in den Bann gethan: kein Diensthote blieb ihm mehr, der Bäder verkaufte ihm kein Brod, Niemand wusch seine Wäsche. Er hätte verhungern müssen. Da brachten unter starkem militärischen Schutz im November 1880 orangistische gefürchte Arbeiter aus Ulster seine Ernte ein, seine Vorräthe in Sicherheit und geleiteten ihn selbst nach einem anderen Ort. Seitdem wird der Ausdruck „boycotting“ (boykottieren), der zum ersten Mal in einer Dubliner Zeitung vom 13. November 1880 gebraucht wurde, für eine derartige Behandlung ihrer Gegner seitens der Freien üblich und später auch auf ähnliche Vorgänge außerhalb Englands übertragen.

Litterarisches.

Von der „Neuen Zeit“ (Stuttgart, J. H. W. Dietz Verlag) ist soeben das 40. Heft des 15. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt heben wir hervor: Aufs todte Gleich. — Der Achtstundentags-Arbeitsstag. Von August Bebel. — Politische Parteien und wirtschaftliche Interessen in England. Von Ed. Bernstein. — Der Streit der Wäscherinnen in Neu-York. Von Henriette Firth, Frankfurt a. M. — Keine der Neuen. Litterarische Rundschau. — Notizen: Zur Tuberkulosefrage. Von Dr. Stern, St. Andreasberg i. H. Das irische Bodengesetz von 1881 in der Praxis. Die Petroleum-Aktien-Gesellschaft Bentendorf u. Co. in Valm in Kantafus. — Familien: Symphonie. Von Otto Ernst (Gamburg).

„Die Herrenhaus-Junker und die Arbeiter.“ Unter diesem Titel erscheinen im Verlag der Buchhandlung Bornworts in stenographischer Niederschrift die Reden der Herren von Stumm und von Puttkamer, welche diese in ihrer Eigenschaft als Herrenhaus-Mitglieder am 24. Juni d. J. im Herrenhaus über die preussische Vereinsgesetz-Novelle gehalten haben. Diese Reden sind in ihrer maßvollen Uebersetzung und Beschränkungen der Arbeiter, sowie durch das offene Zugeständnis der reaktionären Pläne des verbandeten historischen und Schlotjunkerthums vor allem geeignet, die Arbeiter darüber aufzuklären, wohin der neueste Bidzackkurs steuert.

Die im Verlage von Aug. Köp, Siebichenstein a. S., erschienene Broschüre: Berechnungen der Support- und Reifkockstellung zum Konisch-Drehen, Bohren und Hobeln, ist eines jener Erzeugnisse des Fachbüchermarktes, welches so recht aus der Praxis für die Praxis bearbeitet worden ist. Durch eine einleitende geometrische Abhandlung wird der Leser in die Berechnungen in leichtverständlicher Weise eingeführt, so daß ein Nichtlerne wohl ausgehoben. Dem Büchlein sind zum allgemeinen Verständniß 53 Abbildungen und eine Tabelle beigelegt und beträgt der Preis M. 1.30. Alles in Allem kann die Broschüre zur Anschaffung der Arbeiter, welche an der Drehbank zu thun haben, nur bestens empfohlen werden. Auch eignet sie sich für Vereinsbibliotheken.

Verbands-Anzeigen.

Mitglieder-Versammlungen.

- Lydda. Sonnabend, 10. Juli, im „Vorwärts“. Wahl eines Bevollmächtigten.
Brandenburg. Montag, 12. Juli, Abds. halb 9 Uhr, bei Winkel, Hauptstr. 34. Abrechnung. Sitzungsjahr.
Fremersleben. Sonnabend, 17. Juli, Abds. halb 9 Uhr.
Greslan. (Sekt. d. Klempner.) Sonnabend, 17. Juli, Abds. 8 Uhr. Abrechnung. Vortrag über Krankenversicherungen.
Hurlach. Samstag, 17. Juli, Abds. halb 9 Uhr in der „Festhalle“. Vortrag.
Erlangen. Samstag, 17. Juli, im „Deutschen Hof“.
Erlangen. Samstag, 10. Juli, Abds. 8 Uhr, im „Hofen“. Abrechnung. Wahl eines Schriftführers. Ausgabe der neuen Statuten.
Frankfurt a. M. (Allg.) Samstag, 10. Juli, Abrechnung vom 2. Quartal. Vortrag.
Gießen. Sonnabend, 10. Juli, Abds. halb 9 Uhr, im „Schützenhaus“.

Görlitz. Unsere Versammlungen finden von jetzt ab jeden letzten Montag im Monat im Restaurant „Zum Felsenkeller“, bei Frau Stagemann, Sonnenstr. 5,1, statt.

- Götha. Montag, den 12. Juli, keine Versammlung. Nächste Versammlung am 19. Juli.
Halberstadt. Sonnabend, 10. Juli, Abds. 8 Uhr. Halle a. S. (Sektion der Feilenhauer.) Sonnabend, 19. Juli, Abds. halb 9 Uhr, bei Faulmann, Gartenstr.
Hofslod. Sonntag, 11. Juli, Nachm. 2 Uhr, bei Ph. Würth. Abrechnung vom 2. Quartal. Erbschaftswahl der Revisoren.
Hannover. (Sektion der Klempner.) Sonnabend, den 10. Juli, Abds. halb 9 Uhr, bei Kutsche.
Hannover. (Sektion der Schmiede.) Sonnabend, den 10. Juli, Abds. halb 9 Uhr, bei Grending, Lange Str. 2.
Hannau. Sonnabend, 10. Juli, Abds. halb 9 Uhr, „Grünen Baum“.
Halle 6. Köln. Samstag, 10. Juli, Abds. 9 Uhr, bei Heufeshoven, Hauptstr. Vortrag. Referent: Kollege Honrath. Abrechnung.
Karlsruhe. (Allg.) Samstag, 10. Juli, Abds. halb 9 Uhr, Quartalsabrechnung. — Die Kollegen, welche sich am Auszug beteiligen wollen, werden ersucht, sich in die Liste einzuzichnen.
Karlsruhe. (Sektion der Schmiede.) Samstag, den 10. Juli, Abds. halb 9 Uhr, in der „Eiche“, Augartenstr., Vortrag.
Landshut. Sonntag, 11. Juli, Vorm. 10 Uhr, im „Frühlinggarten“. Abrechnung vom 2. Quartal.
Lübeck. (Sektion der Klempner.) Versammlung jeden Mittwoch nach dem 1. und 15. jeden Monats, Abds. halb 9 Uhr, bei Seck.
Ludwigsburg. Samstag, 10. Juli, in Holländer's Brauerei.
Mühlhausen i. Gif. Montag, 12. Juli, Abds. 8 Uhr, bei Niethammer, Cafe Fränklinstr.
Pforzheim. Samstag, 10. Juli, Abds. 8 Uhr, im „Goldenen Löwen“. Halbjährlicher Kaspenbericht. Bericht der Herbergstommission.
Rathenow. (Sektion der Feilenhauer.) Sonnabend, 17. Juli, Abds. halb 9 Uhr, bei Neßfeldt, Jägerstraße 14. Wahl der Werkstattdirektoren.
Rostock. Sonnabend, 17. Juli, in der „Frisch Reuterhalle“.
Schwab. Smünd. Samstag, 10. Juli, Abds. 8 Uhr, im „Löwen“. Abrechnung vom 2. Quartal. — Die Bibliotheksbücher sind behufs Kontrolle abzugeben.
Stettin-Zentr. Sonnabend, 10. Juli, Abds. 8 Uhr, bei Buron, Rosengarten 6,1.
Stuttgart. (Allg.) Samstag, 10. Juli, Abds. 8 Uhr, im „Hirsch“. Bericht über die Thätigkeit des Beitragsammlers. Der Streit bei Wegandt & Klein. Auszug.
Chemnitz. Der Schlosser Albin Schubert, Hauptstr. 83 175, zuletzt in Chemnitz, jetzt angeblich in Magdeburg, wird ersucht, mit seiner Adresse bekannt zu geben, damit ich ihm sein Mitglieds(Erbschaftsbuch) zuschicken kann. Rob. Krause, Dfstr. 36.
Frankfurt a. M. (Sektion der Spengler und Installateure.) Sonntag, 11. Juli, Besichtigung des städtischen Kunstpinakot (Gemäldegalerie) unter Führung des Herrn Dr. Weisäcker. Abmarsch präzis halb 3 Uhr vom Vereinslokal, gr. Eichenheimerstr. 23. — Die Adresse des Bevollmächtigten ist von jetzt an: Gustav Löff, Spengler, Herbartstraße 9,11.
Freiburg i. B. Der projektierte Ausflug findet nicht am 11., sondern am 25. Juli statt. Das Fahrgeld muß bis zum 24. Juli wegen Bejorgung der Billets einbezahlt sein.
Gießen. Die Adresse des Bevollmächtigten ist: Bruno Ziel, Breitenstraße 92.
Gera. Unsere Herberge befindet sich nicht mehr im Gasthaus zum „Grünen Baum“, sondern im „Preussischen Hof“, Heinrichstr.
Görlitz. Das Reisegehd wird jetzt beim Kollegen Schmidt, Hauptstr. 19,11, von 12 1/2 bis 1 1/2 Uhr Mittags und von 7-8 Uhr Abends ausbezahlt. — Beitrittserklärungen nehmen entgegen: W. Schmidt, Hauptstr. 19,11; Felix Wiedemann, Bevolm., Zittauerstr. 27,11; Robert Schwäbe, Hauptstr. 10,1V; Paul Müller, Gobbinstr. 3,11.
Götha. Sonntag, 11. Juli, großes Sommerfest im Vergarten, veranstaltet von den vereinigten Gewerkschaften.
Hannau. Die Adresse des Kassiers ist: Alb. Pache, Siegenstr. 45, H. L. Reisegehd daselbst Abends von 7 bis 8 Uhr.
Leipzig. Der Schlosser Albert Haffigkeit aus Remel, B. Nr. 34 168, wird hierdurch ersucht, seinen Verpflichtungen nachzukommen. Die Ortsverwaltungen werden gebeten, die Adresse deselben an Unterzeichneten gelangen zu lassen.
H. Wollenberg, Bevolm., Leipzig, Mittelstr. 18b part.
Mühlhausen i. Gif. Die Adresse des Bevollmächtigten ist nicht mehr Damerstr., sondern: Jos. Wehl, Fränklinstr. 1.
Hannberg. (Sektion der Klempner.) Der Arbeitsnachweis der Klempner befindet sich im „König von England“ und ist an den Wochentagen von 7-8 Uhr Abends und Sonntags Vormittag von 10-11 Uhr geöffnet.

Gestorben.

Am 30. Juni in Leipzig-Indenau der Schlosser Alfred Reinhardt, geb. zu Indenau am 2. Febr. 1873.

Öffentliche Versammlungen.

- Hannover. Sonntag, 18. Juli, Vormittags 11 Uhr, im „Hof“ öffentliche Versammlung der Klempner und Installateure. Die Beherrschung des Minimallohnes und des Maximalarbeitstages zur Regelung der Lage in der Metallindustrie. Veröffentlichung der Statuten.
Erfurt. Samstag, 10. Juli, öffentliche Metallarbeiterversammlung im Gasthaus zur Linde in Gahlenberg. Vortrag von Kollege Schlaue über: Fabrikantenring und Arbeiterorganisation.
Hannau i. B. Sonnabend, 10. Juli, Abds. 9 Uhr, öffentliche Metallarbeiter-Versammlung in der „Fremdschiff“, Stumpfbergerstr.

Schweinfurt. Samstag, 17. Juli, Abds. 8 Uhr, im Gasthof zum „Gold. Löwen“, öffentliche Metallarbeiterversammlung. — Die Mitgliedsbücher sind zur Revision mitzubringen.

Privat-Anzeigen.

- Ein durchaus tüchtiger und solider Feilenhauer findet sofort lohnende und dauernde Arbeit. Feinly & Warthorst, Dampf- und Wasserfeileisei, 243 Weinheim i. Baden.
Für dauernde Arbeit wird ein Fraiser gesucht, der bei Fraismaschinen gut Bescheid weiß. Gest. Df. unter O. P. 13 an die Exp. ds. Bl. erbeten. [244]
Ein tüchtiger Feilenhauer auf große Arbeit sofort gesucht. F. Armbruster, Mannheim, T 6,33.
Ein tüchtiger Feilenhauer erhält sofort Arbeit auf Alford oder Lohn. J. Geisler, Feilenhauer, Schweinfurt a. M. [246]
Suche sofort einen tüchtigen Feilenhauergesellen. Guter Verdienst, dauernde Stellung. Reisegehd w. vergütet. [247] Louis Glaude, Glauchau i. S.
Ein tüchtiger Feilenhauer, auf große und Schlicht, findet dauernde Stellung bei hohem Alford in Durlach bei Wilh. Flöher, Feilenhauer. [231]
2 tüchtige Feilenhauer finden dauernde Beschäftigung bei [237] J. Appl, Würzburg.
Feilenhauergeschäft zu kaufen gesucht. Offerte unter Julius Broke, Hutzstr. 7, Coburg. [225]

Sofort zu beziehen!

Genau Schieblehren mit Schrauben zum Feststellen, 2 Maßen, Montus und Schnäbel angelassen.
Nr. 1: 120x35, M. 3. 150x45, M. 3,40. 210x65, M. 3,90. 250x75, M. 4,40. 300x100, M. 6.
Nr. 2: Mit Messingeinlage im Schieber 200x55, M. 5,20. 210x65, M. 5,50. 250x65, M. 6.
Nr. 7: Mit Mikrometererschraube, abgesetzten Schnäbeln zum Nachmessen und Zirkelspitzen. 210x55, M. 8. 250x65, M. 8,60. 300x75, M. 9,60. Diese Nr. 7 liefert auch ohne Zirkelspitzen und kosten alsdann M. 1,20 weniger. Auf Wunsch auch 3 Maße.
Zahlreiche Anerkennungen.
Berlange per Nachnahme.
Aug. Loss, Siebichenstein-Galle a. S. [248]

Wir empfehlen unseren Lesern die neue Wochenschrift
In freien Stunden.
Romane und Erzählungen für das arbeitende Volk.
Preis pro Heft nur 10 J.
Zu Heft 27 beginnt der spannend geschriebene und kunstvoll und reich illustrierte Roman
Der Kampf um die Scholle
von Elise Orzesko.
Abonnement auch durch die Post (Postzeitungskatalog für 1897 Nachtrag I, 3537a.)
Soeben erschien Heft 26 und 27.

Zur Verlage von Joh. Schaub, Leipzig-Indenau, GutsMuthstr. 50 (Kommissionsverlag der „Leipziger Volkszeitung“, G. Heinich), ist in Broschürenform (74 Seiten stark) erschienen und durch alle Buchhandlungen, sowie vom Verleger zu beziehen:

Statistische Erhebungen über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der in der Metallindustrie Leipzigs und Umgebung beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen. Winterhalbjahr 1896/97. Preis 20 J.
Soeben ist als Broschüre erschienen: Das

Unterstützungswesen der Gewerkschaften

insbesondere die Arbeitslosen-Unterstützung und deren Einführung im Deutschen Metallarbeiterverband. Rede von Martin Segiß auf der dritten ordentlichen Generalversammlung des D. M. V. zu Braunschweig am 21. April 1897. 36 Seiten. Preis 10 J., in Partien von mindestens 10 Exemplaren 5 J pro Exemplar, gegen vorherige Einzahlung des Betrages. — Etwaiger Ueberschuß fließt in die Kasse des D. M. V.
Bestellungen und Geldsendungen werden an J. Scherm, Nürnberg, erbeten.
Es ist erschienen:

Protokoll über die dritte ordentliche Generalversammlung des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes, abgehalten zu Braunschweig vom 20.-24. April 1897. 136 Seiten. Preis 20 Pfennig.
Für jeden Verbandskollegen von großer Wichtigkeit. Zu beziehen durch den Vorstand des D. M. V., Stuttgart, Neckarstraße 160.